Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 351 — Jahrgang 212

Bezugspreis: Für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 4,50 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,65, vierteljährlich Mk. 4,95 außer Postgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Montag-Ausgabe

Montag, 21. Juli

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 38 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Die Komödie am 21. Juli

aufgeführt von deutschen Sozialdemokraten aller Schattierungen, um Deutschland zum Gespött der Welt zu machen

Unsere Sozialdemokraten, oder vielmehr deren geselbte Führer, sind doch wenigstens gute Komödianten. Nur schade, daß sie so arm an eigenen Einfällen sind, daß alles, was sie zur Belustigung des Auslandes anstellen, eine Nachahmung fremder Vorbilder darstellt — und zehnmal schade, daß die Zeche für solche Komödien das deutsche Volk in seiner Gesamtheit bezahlen muß, mit dessen Glück und Wohlstand die Sozialdemokratie in leichtfertigster Weise Schindluder spielt.

Die Sozialisten Englands, Frankreichs und Italiens hatten beschlossen, am 21. Juli gegen den gewalttätigen Imperialismus der Entente zu protestieren. Kaum war dieser Beschluß in Deutschland bekannt geworden, da war den radikalen „Unabhängigen" auch schon ein Licht darüber aufgegangen, daß sich hier wieder eine Gelegenheit zum Streik, womöglich gar zum Generalstreik, bieten könnte, und daß, wenn schon nichts anderes zu erreichen sein würde, man doch zum mindesten um einen Arbeitstag käme. Ihre Drahtzieher erließen also einen Aufruf „An die revolutionäre Arbeiterschaft", in welchem aufgefordert wurde, am Montag, dem 21. Juli — wieder einmal die Arbeit ruhen zu lassen und sich an dem Demonstrationsstreik der ausländischen Genossen zu beteiligen. Der 21. Juli sollte zum Demonstrationstage der ganzen Welt werden — nach Ansicht der deutschen Sozialisten; an diesem Tage sollte jede Unterdrückung fremder Völker, jede Gewaltpolitik der imperialistischen Regierungen die fürchterlichste Verurteilung finden — nach Ansicht der deutschen Sozialisten.

Als der „Vorwärts", das Regierungs- und Hauptparteiorgan der Mehrheitssozialisten, die Ankündigung seiner radikalen Brüder las, verfiel er in tiefes Nachdenken. Und dabei hatte er einige lichte Momente. Gegen den Imperialismus der Entente zu demonstrieren, so argumentierte er, ist gut; gegen den Gewalt- und Schandfrieden von Versailles zu protestieren, ist noch besser; „aber" — und jetzt wurde es ganz besonders licht in seiner Gedankenkammer — „aber über die Rolle, die das deutsche Proletariat bei dieser Aktion zu spielen hat, kann man zweifelhaft sein. Wir sind ja die Besiegten, die Unterdrückten!" Wie klar er mitunter nur zu denken versteht, und wie recht er hat! Welchen nützlichen praktischen Erfolg kann es haben, wenn deutsche Sozialdemokraten einen vollen Arbeitstag opfern und gegen den Versailler Gewaltfrieden protestieren ..... welchen Eindruck können deutsche Sozialdemokraten durch Umherziehen in den Straßen auf die imperialistischen Regierungen in Paris, London, Rom machen ... französische, englische, italienische Sozialisten könnten, wenn sie wollten, einen Druck auf ihre gewalttätigen Regierungen ausüben zur Revision des Versailler Friedens; aber deutsche Sozialdemokraten, die Besiegten ....? Also wozu sollen sich die deutschen Sozialisten dem Demonstrationsstreik ihrer ausländischen Genossen anschließen, und wozu sollen sie, die Mehrheits- und Regierungs-Sozialisten, den Unfug der „Unabhängigen" nur mitmachen?? Solange er auch sann und grübelte, er konnte keinen rechten Grund hierfür entdecken. So riet er schließlich davon ab und schrieb das auch: schwarz auf weiß.

Der arme „Vorwärts"! Als er diese Ueberlegungen zum Druck brachte, wußte er noch nicht, wie seine Weimarer Parteigrößen die Sache beurteilen würden. Wahrscheinlich nahm er an, daß sie nicht dümmer darüber dachten, als er selbst. Doch wehe, sie hatten darüber anders beschlossen als er! Aus Angst vor der Konkurrenz der „Unabhängigen", daß diese mit ihrem „Aufruf an die revolutionäre Arbeiterschaft" ihnen den Rang ablaufen könnten, hatte sich der in Weimar tagende Parteivorstand der Regierungssozialisten zur Veranstaltung eines Konkurrenzunternehmens entschlossen. Damit glaubte er auch am besten den Eindruck verwischen zu können, als ob durch die Demonstrationstage die Anhängerschaft der „Unabhängigen" zugenommen habe. Die Bevölkerung ganz Deutschlands — oder was davon durch die sozialistische Regierungskunst übrig geblieben ist — sollte wieder einmal sehen, daß die Regierungssozialisten immer noch die Mehrheitssozialisten sind! Der „Vorwärts" sah sich also genötigt, einen Aufruf seiner Partei zu veröffentlichen, in welchem die Regierungssozialisten ebenfalls zur Teilnahme an dem Demonstrationsstreik der ausländischen Genossen aufgefordert wurden. Dieser Aufruf, den wir an anderer Stelle im Wortlaut zum Abdruck bringen, ist noch in anderem Betracht bemerkenswert, worauf wir später zurückkommen werden.

Die deutschen Sozialdemokraten beschlossen also, an dem Demonstrationsstreik in Rom, Paris und London teilzunehmen, weil sich dieser gegen die Gewaltpolitik der Ententeregierungen, mithin auch gegen den Versailler Frieden richtete. Das heißt, das glaubten die deutschen Sozialisten, das nahmen sie in ihrem international umnebelten Denken an, sie trauten den ausländischen Sozialisten denselben Mangel an Intelligenz und nationalem Ehrgefühl zu, den sie selbst besitzen, sie setzten bei ihnen denselben Tiefstand vaterländischen Pflichtbewußtseins voraus, auf dem sie selbst sich befinden. In Wirklichkeit haben die ausländischen Sozialisten nie daran gedacht, am 21. Juli gegen den Versailler Frieden zu protestieren, ihr Streik sollte sich nur gegen die Intervention in Rußland und Ungarn richten und weiterhin ausschließlich innerpolitischen Zwecken dienen. Von einem Protest gegen den Versailler Frieden, das muß selbst der „Vorwärts" gestern früh beschämt zugeben, ist in dem Demonstrationsaufruf der ausländischen Sozialisten mit keinem Wort die Rede.

Inzwischen hatten aber die ausländischen Sozialisten überhaupt anders beschlossen. Vielleicht, weil sie durch eine Beteiligung der deutschen Sozialisten eine Schändung ihres erhabenen Streiks sahen, daß sie durch die blöde Nachäfferei der deutschen Internationalisten angewidert und angeekelt wurden. Jedenfalls haben die englischen Arbeiter, was der „Vorwärts" offiziös mitteilt, die Beteiligung an diesem Streik überhaupt abgelehnt, und die französischen Arbeiter haben, was ebenfalls der „Vorwärts" mitzuteilen sich gezwungen sieht, „nach Rücksprache mit Clemenceau ihren Streikbeschluß rückgängig gemacht." Daß die italienischen Arbeiter nicht demonstrieren würden, war schon gestern bekannt.

Die deutschen Sozialdemokraten stehen also wieder einmal als die Dummen allein da und haben sich und Deutschland zum Gespött der Welt gemacht. Der „Vorwärts" bot gestern morgen zum dritten Mal das köstliche Bild des Umfalls auf Befehl der Parteileitung. Ueber der ganzen Breite seiner ersten Seite prangte gestern die Ueberschrift: „Am Montag wird nicht gestreikt!", und darunter stand das jämmerliche Eingeständnis, daß die ausländische Arbeiterschaft nicht daran denke, gegen den Versailler Gewaltfrieden zu protestieren. Also bleibe nichts übrig, als am Montag zu arbeiten. Die ganze Schuld an diesem Reinfall der gegenwärtig regierenden Sozialisten tragen natürlich die Unabhängigen: „Jetzt entpuppt sich in ihrer ganzen Erbärmlichkeit die Lüge der Unabhängigen — schreibt der „Vorwärts" — die vorgaben, mit den anderen gegen den Versailler Gewaltfrieden streiken zu wollen ..." Wenn die Unabhängigen erbärmliche Lügner sind — was sind dann wohl die Regierungssozialisten? Nun, sie sind zum mindesten geübte Komödianten, die nach dem Klimbim am 21. Juli als die eigentlich Blamierten dastehen! h. b.

*

Der Streikbeschluß der Ententesozialisten

Die Resolution, welche der Nationalrat der französischen Sozialisten am 15. Juli annahm, hat folgenden Wortlaut:

„Zum erstenmal in der Geschichte der Arbeiterschaft organisiert die Arbeiterklasse der drei größten Länder Westeuropas am 20. und 21. Juli eine Kundgebung, die sich in Frankreich und Italien, wie bereits jetzt feststeht, durch Arbeitsruhe ausdrücken wird. Die sozialistische Partei ruft alle ihre Anhänger auf, sich mit aller Energie an dieser Kundgebung zu beteiligen, die aus den Entschließungen hervorgegangen sind, welche die Delegierten der Organisationen des Proletariats in Paris, Rom, Mailand und Southport getroffen haben.

Die sozialistische Partei erinnert an die wesentlichen Zwecke dieser Bewegung. Gegen die militärische und diplomatische Intervention in Rußland und Ungarn, gegen die Langsamkeit der Demobilisierung, für die Amnestie, gegen die immer unerträglicher werdende Last der Teuerung werden die Arbeiter Frankreichs aufgerufen, ihren einstimmigen Protest zu erheben."

Dazu bemerkt der „Vorwärts": „Von dem Versailler Frieden ist also in dieser Resolution, die die „wesentlichen Ziele" des damals geplanten, inzwischen abgesagten politischen Streiks aufzählen sollte, mit keinem Worte die Rede. Jetzt entpuppt sich in ihrer ganzen Erbärmlichkeit die Lüge der Unabhängigen, die vorgaben, mit den anderen gegen den Versailler Gewaltfrieden streiken zu wollen, während sie in Wirklichkeit durch die Arbeitseinstellung nur die wirtschaftlichen Verhältnisse zu verschlimmern trachten."

Und die Mehrheitssozialisten? Bis zum Bekanntwerden des Abschwenkens der Ententesozialisten wollten sie doch genau dasselbe tun, wie die Unabhängigen, mithin wäre auch ihr Verhalten eine „erbärmliche Lüge" gewesen. Es verrät zudem auch einen beträchtlichen Mangel an Mut, wenn sie sich jetzt pharisäerhaft an die Brust schlagen und abzuleugnen versuchen, was sie vorher selbst geplant hatten.

Warum die französischen Sozialisten nicht streiken

Versailles, 19. Juli.

Zwölf Mitglieder des Verwaltungsrates des Allgemeinen Arbeiterverbandes wurden gestern abend von Clemenceau empfangen, der sich 50 Minuten mit ihnen unterhielt und erklärt haben soll, er könne politische Ausstände nicht dulden. Jouhaux soll darauf geantwortet haben, der Streik richte sich in der Hauptsache gegen die Lebensmittelteuerung, trage also ausgesprochen wirtschaftlichen Charakter. Der Verwaltungsrat des Allgemeinen Arbeiterverbandes trat nach der Beendigung der Unterredung mit Clemenceau alsbald zu einer Sitzung zusammen und setzte unter dem Eindruck der Vorgänge in der Kammer den Beschluß, den Generalstreik vom 21. Juli zu vertagen und dem Nationalkomitee am Montag die Angelegenheit zur endgiltigen Entscheidung zu unterbreiten.

Jouhaux Organ „La Bataille" verlangt von den Arbeitern aus Anlaß des Hinausschiebens des Generalstreiks Unterordnung unter die Disziplin. Was die äußere Politik anbetreffe, so werde der Kampf gegen die reaktionären Unternehmungen in Rußland und Ungarn fortgesetzt.

Zwei blamable Dokumente

Die regierenden Mehrheitssozialisten hatten anfangs nicht beabsichtigt, sich an dem Demonstrationsstreik der Ententesozialisten zu beteiligen. Erst als die Unabhängigen sich mit einem Aufruf „An das revolutionäre Proletariat in Deutschland" gewandt hatten, in welchem sie zum Streik am 21. Juli aufforderten, sahen sich die Mehrheitssozialisten zur Veranstaltung eines Konkurrenzunternehmens veranlaßt. Zu diesem Zweck wandten sie sich an ihre Anhänger mit folgenden Worten:

„Der Parteivorstand hat durch Rundschreiben vom 7. Juli die Parteiorganisationen aufgefordert, Versammlungen und Demonstrationen großen Stils vorzubereiten.

Es gilt, dem Treiben der Reaktionäre entgegenzutreten, die die durch den Krieg so drückend gewordene Lage in verleumderisch-demagogischer Weise für ihre Parteizwecke auszunützen suchen. Es muß dem Volke zum Bewußtsein gebracht werden, daß die Revolution als elementares gesellschaftliches Ereignis die unausbleibliche Folge der Kriegspolitik der ehemals herrschenden Klassen war und daß diese allein die Schuld an dem politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch unseres Volkes tragen.

Ebenso muß der katastrophalen Politik der Unabhängigen und Kommunisten entgegengetreten werden, die, wie gebannt auf die baldige Weltrevolution hoffend, durch putschistische Aktionen und Generalstreiks der allmählichen Gesundung unseres Wirtschaftslebens, dem sozialistischen Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands unausgesetzt hindernd in den Weg treten.

Am 21. Juli protestieren die Sozialisten Frankreichs, Englands und Italiens gegen den gewalttätigen Imperialismus der Entente. Der deutsche Imperialismus liegt vernichtet am Boden, der Kampf der Entente geht und ging gegen Deutschland, als das Land, in dem der sozialistische Aufbau der Gesellschaft unter demokratischer Einwirkung des ganzen Volkes sich vollziehen soll.

Wir fordern unsere Parteiorganisationen entsprechend der ihnen zugegangenen Weisung auf, die Aktion unserer Genossen in den Ländern der Entente mit der unserigen zu vereinen und sie zu einer Kundgebung aller Sozialdemokraten Europas zu gestalten.

Es lebe die Demokratie! Es lebe der Sozialismus!"

Doch die Freude dauerte nicht lange. Als in Deutschland bekannt geworden war, daß die Ententesozialisten gar nicht daran denken, mit den deutschen Genossen gemeinsam zu demonstrieren, wurde von mehrheitssozialistischer Seite sofort abgeblasen und der „Vorwärts" brachte gestern die folgende Erklärung an der Spitze des Blattes:

Während die französische Arbeiterschaft beschlossen hat, am Montag die Arbeit nicht ruhen zu

Der Gassperre wegen kann die nächste Nummer der Halleschen Zeitung erst Dienstag früh erscheinen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907211-11/fragment/page=0001

lassen, obwohl doch gerade dort durch das Hasserfüllte Friedensdiktat unter dem Vorsitz des Alleinherrschers Frankreichs, des Herrn Clemenceau, die Wurzeln der Vergewaltigung ganzer Völkerschaften liegen, hat in Berlin die Vollversammlung der unabhängigen und kommunistischen Arbeiterräte beschlossen, am Montag den Streik zu proklamieren.

Die Leichtfertigkeit und Gewissenlosigkeit jener Kreise gegenüber den schweren wirtschaftlichen Gefahren, die vor uns stehen, hat sich aufs neue dokumentiert. Deutschland soll nicht zur Ruhe kommen. Das Volk soll weiter und noch mehr hungern. Die Produktion von Waren ist unsere einzige Rettung aus der schweren Not, weil wir nur mit Arbeit die Lebensmittel bezahlen können, die wir vom Ausland begehren, und nur durch Arbeit aus unserer völligen Erschöpftheit wieder zu Kraft kommen können.

Dieser Streik ist ein neues Verbrechen gegen das deutsche Volk! Wer noch ein Gewissen im Leibe und Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber seiner Familie und seinem Volke hat, darf am Montag nicht streiken.

Die Arbeiterschaft muß sich von den Totengräbern ihrer Zukunft, den Unabhängigen und Kommunisten, abwenden, sie muß ihnen am Montag die Gefolgschaft verweigern.

Wir sind in schwerster Not. Sollen wir uns nun völlig totstreiken? Nein! Nein! Nein!

Arbeiter, Genossen! Am Montag wird nicht gestreikt!

Dieser Rückzug wird den Mehrheitssozialisten wenig helfen. In den Augen des eigenen Volkes wie des Auslandes stehen sie als die am meisten Blamierten da, und alle Beschimpfungen, die sie auf die Unabhängigen und Kommunisten häufen, fallen auf sie selbst zurück.

Noskes Versammlungsverbot

Reichswehrminister Noske hat am Sonnabend nachmittag die Abhaltung der Versammlungen der U. S. P. D. in Berlin unter freiem Himmel am Montag mittag und nachmittag verboten. Auf einen diesbezüglichen Antrag der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlin und Umgegend der U. S. P. D. antwortete der Reichswehrminister (Oberkommando Noske) wie folgt:

„An den Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlin und Umgegend Berlin, Schicklerstraße 5/6. Wie in der Presse bereits bekanntgegeben wurde, kann das Oberkommando keine Ausnahme von dem auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand verhängten Verbot öffentlicher Versammlungen unter freiem Himmel zulassen. Die öffentliche Veranstaltung des Verbandes der sozialdemokratischen Vereine Berlin, Schicklerstraße 5, zum Montag, den 21. Juli, mittags 12 Uhr, auf den Spielwiesen am Friedrichshain, im Humboldthain und Treptow sowie nachmittags 4 Uhr im Lustgarten, auf dem Schloßplatz und der Schloßfreiheit, weiterhin am gleichen Tage und zu gleichen Zeiten auf dem Wittenbergplatz können nicht genehmigt werden. Geht an Antragsteller, Polizei und Garde-Kavallerie-Schützen-Korps. gez. Oberkommando Noske. Ic."

Mit einem derartigen Verbot scheinen die Unabhängigen nicht gerechnet zu haben. Wahrscheinlich werden sie, wiewohl ein Beschluß hierüber noch nicht definitiv gefaßt ist, keine Versammlungen abhalten. Sie sind auch gar nicht in der Lage, dazu in geschlossenen Räumen zu demonstrieren, da die großen Säle der Reichshauptstadt und ihrer Umgebung fast alle von den Mehrheitssozialisten für diesen Tag gemietet sind. Sie wollen sich nunmehr mit Stillegung der Arbeit an dieser Protestkundgebung beteiligen und glauben, daß fast alle Betriebe — von den Großbetrieben weiß man dies ganz bestimmt — an diesem Demonstrationsstreik teilnehmen werden. Am Sonnabend nachmittag beschlossen, im Gegensatz zu dem Beschluß des Arbeiterrats, der U. S. P. D. und K. P. D. in den Germaniasälen am Sonnabend, auch die Betriebsangestellten der Wasserwerke, am Montag der Arbeit fernzubleiben. Auch die Arbeiter der Elektrizitäts- und Gaswerke haben beschlossen, sich dem Streik anzuschließen.

Nur Verkehrsstreik in Berlin

Ueber den Kopf der Straßenbahnermassen hat der Arbeiterausschuß der Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn den Demonstrationsstreik am Montag beschlossen, allerdings nur mit einer verhältnismäßig geringen Majorität. Der Arbeiterausschuß hat ein Flugblatt auf den Bahnhöfen anschlagen lassen, in dem es heißt, daß die Arbeiter der gesamten Verkehrsangestellten entschlossen seien, der Parole der Gewerkschaftskommission zu folgen. Die Verkehrsangestellten seien verpflichtet, sich diesem Kampf geschlossen und restlos anzuschließen. Infolgedessen fügen sich die Arbeiterausschüsse und -räte der gesamten Verkehrsgesellschaften dem Aufruf der Gewerkschaftskommission und haben beschlossen, daß die Arbeit am Montag, den 21. Juli, ruht. Sie fordern die Kollegen daher auf, sich in Dienstkleidung am Montag an den Demonstrationen des revolutionären Proletariats zu beteiligen.

Mit diesem Aufruf wird, soweit er sich auf die Gewerkschaftskommission bezieht, ein falsches Spiel getrieben. Denn die Gewerkschaftskommission hat ausdrücklich beschlossen und verkündet, daß die Demonstrationen nach Betriebsschluß der einzelnen Betriebe vorgenommen werden sollen, mit keinem Worte aber hat sie die Einstellung der Arbeit verkündet. — Es zeigt sich, daß auch diesmal wieder die Arbeiterausschüsse in dieser wichtigen Frage, ohne Urabstimmung zu veranlassen, über die Köpfe des Personals einen derartigen Beschluß gefaßt hat.

*

W. T. B. meldet: Der Direktor des Elektrizitätswerkes Berlin teilt mit, daß am Montag von 6 Uhr früh bis abends 8 Uhr gestreikt und nicht einmal an die Krankenhäuser usw. Strom abgegeben wird.

200 Milliarden Schadenersatz für die Entente

Versailles, 20. Juli.

In der gestrigen Sitzung der Kammer berichtete Dubois über die Wiedergutmachungsklausel des Friedensvertrages mit Deutschland. Er berechnet die Schadensumme, die Deutschland bezahlen muß, auf 200 Milliarden. 119 Milliarden für materielle Schäden, von denen 23 Milliarden durch Stillegung der Industrie entstanden sind. Die Summe der kapitalisierten Militärpensionen berechnet er auf 43 Milliarden 51 Millionen, die der Entschädigung Minderjähriger und Kinder auf 6 Milliarden 920 Millionen, für Entschädigung an Hinterbliebene 2519 Millionen, für Entschädigung an Witwen und Verwundete 6 Milliarden, für militärische Unterstützungen nach dem Gesetz vom 5. August 1914 13 Milliarden 250 Millionen, für Zuwendungen an Kriegsgefangene 151 Millionen 670 000 Francs. Die Kriegskosten sind darin nicht eingerechnet. Der Berichterstatter wird am Dienstag seinen Bericht fortsetzen.

*

Das Siegesfest in London

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Amsterdam, 20. Juli.

Gestern wurde in London mit großem Pomp das Siegesfest gefeiert. Eine ungeheuere Menschenmenge betrachtete den Vorbeimarsch der alliierten Truppen, die von Haig, Beatby, Pershing und Foch angeführt wurden.

Die künftigen Reichsfinanzbeamten

Eigene Drahtmeldung der „H. Z."

Weimar, 20. Juli.

Heute ist hier eine große Anzahl von Professoren und Dozenten der Staatswissenschaft und der Privatwirtschaft auf Einladung des Reichsfinanzministers zusammengetreten, um über Vorbildung der künftigen Reichsfinanzbeamten zu beraten.

Unter anderen waren Professor Siegelmann-Bonn, Professor Jastrow-Berlin, Professor Keßler-Jena, Geheimer Rat Piersdorf-Jena anwesend.

Die Landflucht aus der Ostmark

Thorn, 20. Juli.

Die Landflucht aus Westpreußen und anderen unzweifelhaft der Abtrennung unterliegenden Teilen der Ostmark in mitteldeutsche und westdeutsche Provinzen nimmt in einer für die zurückbleibenden Deutschen niederdrückenden Weise zu. Deutsche Ansiedler bieten in polnischen Zeitungen ihre Grundstücke zum Verkauf an. Jetzt hat das Verbot der polnischen Ansiedlungskommission, nach welchem westpreußischen und polnischen Ansiedlern Grundstücksverkäufe ohne Genehmigung der Kommission nicht vornehmen dürfen, der Ansiedlungsflucht ein Ende gesetzt.

Wie der „Landarbeiterverband" aussieht

Das wahre Gesicht der sozialistischen Landarbeiterorganisation, für die sich ein ganzes preußisches Ministerium und noch etliches mehr mit Feuereifer ins Zeug legt, erhellt aus nachstehenden tatsächlichen Feststellungen, die der Geschäftsführer des „Märkischen Verbandes ländlicher Arbeitgeber" aus seiner Praxis macht. Er schreibt:

Der Vorsitzende des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, Herr Georg Schmidt in Berlin, veröffentlicht in der Abendausgabe vom 18. Juli des „Vorwärts" einen Artikel gegen die Junker. Er beklagt sich vor allem darüber, daß man die Regierung zu veranlassen suche, den Landarbeitern das Koalitionsrecht wieder zu beschränken. Wie stellt sich Herr Schmidt dazu, daß der Landarbeiterverband selber das Koalitionsrecht beschränkt und andere Arbeiterorganisationen nicht anerkennen will. So schließt er z. B. den Deutschen Landarbeiter-Bund von allen Tarifverhandlungen aus. Desgleichen duldet er nicht, daß die gegebene Vertretung der Schweizer, der Allgemeine Schweizer-Bund in Leipzig, zu Tarifverhandlungen für die Schweizer hinzugezogen wird.

Wenn sich Herr Schmidt darüber beklagt, daß die Tarifverhandlungen von seiten der Landwirte verschleppt würden, muß ich ihm erwidern, daß auf eine Einladung durch eingeschriebenen Brief der Landarbeiterverband selbst zu Tarifverhandlungen in Angermünde nicht erschien. In Arnswalde weigerte sich die Lohnkommission der dortigen Ortsgruppe des Deutschen Landarbeiterverbandes anfangs in Tarifverhandlungen einzutreten, weil der Gauleiter aus Berlin nicht erschienen sei, obwohl derselbe telephonisch, durch eingeschriebenen Brief und telegraphisch dazu eingeladen war. Verschleppend wirkt bei fast allen Verhandlungen z. B. in Landsberg, Arnswalde, daß die Vertreter des deutschen Landarbeiterverbandes zu Tarifverhandlungen erscheinen, ohne sich über ihre Forderungen klar zu sein.

Selbstverständlich wird nunmehr jede Entlassung eines Arbeiters als Maßregelung hingestellt, selbst dann, wenn, wie bei einem Falle im Kreise Teltow, der durch den vom Landarbeiter-Verbande selbst anerkannte und im Tarif als entscheidende Instanz eingesetzte Schlichtungsausschuß Kündigung und Entlassung als zu recht erfolgt entschieden hat. Daß durch die maßlosen Löhne viele Landwirte gezwungen sind, möglichst die Zahl der Arbeiter zu beschränken, bleibt natürlich unberücksichtigt. Herr Schmidt dürfte sich überhaupt etwas besser über verschiedene Dinge informieren. Z. B. besteht doch für die Provinz Brandenburg die angeblich von ihm seit sieben Monaten vergebens angestrebte Arbeitsgemeinschaft. Sehr empfehlen möchte ich dem Herrn Vorsitzenden des Landarbeiterverbandes doch, die von seinem Verbande abgeschlossenen Tarife zu studieren, denn seines Erachtens gibt es keine Tarife, die die Summe von 3000 Mk. übersteigen; es gibt aber tatsächlich schon einen von 4000 Mk. Das ist selbstverständlich eine Ausnahme, aber er wird bei allen Verhandlungen als ein guter Tarif angezogen, und die anderen werden entsprechend festgelegt. Das Lohneinkommen der Landarbeiter bewegt sich nach Herrn Schmidt heute zwischen 2200—2800 Mk. Ich habe noch keinen von 2200 gesehen, aber schon sehr viele über 2800 und 2900.

Und wie stellt sich dann Herr Schmidt zu seinen Kollegen, z. B. dem Gauleiter Hansen-Kiel, der behauptet 2100 Mk. sei ausreichend für Landarbeiter. Der Reichsernährungsminister Schmidt hat in seiner Denkschrift festgelegt, daß eine Steigerung von 180 Prozent der Barlöhne gegen die Friedenslöhne dem heutigen Preise der Produkte entspreche. Die Forderungen, die heute von den Landarbeitern gestellt werden, machen aber weit mehr aus.

Herr Schmidt ist für Einführung des 10-Stundentages. Abgesehen davon, daß bei einer derartigen Verkürzung der Arbeitszeit ein Einbringen der diesjährigen schweren Ernte ausgeschlossen ist, da ja ein Ersatz der durch die Kürzung der Arbeitszeit verlorengehenden Arbeitskräfte infolge der Wohnungsverhältnisse auf dem Lande unmöglich ist, so ist der springende Punkt bei der Sache der, daß Herr Schmidt, die Ueberstunden, die doch nach dem Bestreben seines Verbandes nur Ausnahmen sein sollen, zur Regel macht.

Es kann doch kein Mensch von einem Betriebsführer verlangen daß er Arbeiter einstellt, die die meiste Zeit auf Reisen sind. Und dann nennt man es Maßregelung, wenn ein Arbeitgeber einen Mann entläßt, der statt zu seiner Arbeitsstelle zu gehen, im Lande herumzieht und Reden hält.

Wenn Herr Schmidt von „Terrorisieren" spricht, so werden tatsächlich heute die Landwirte vom Landarbeiter-Verbande terrorisiert, der die Forderungen der Landarbeiter von Malermeistern, Feinmechanikern und dergl. vertreten läßt, die weder eine Ahnung über ländliche Verhältnisse haben, noch die Wünsche der Leute, die sie vertreten, kennen, so daß es vorkommt, daß diese Leute bei Verhandlungen in direktem Widerspruch mit ihren Berufsgenossen kommen. Uebrigens sind die meisten sogenannten Tarifverhandlungen keine Verhandlungen, sondern die Ueberreichung eines Ultimatums an die Arbeitgeber. Bei Nichtgewährung der Forderungen wird Streik in Aussicht gestellt. Das nennt man dann: dem wirtschaftlichen Frieden dienen.

Copyright by Carl Duncker 1918. (Nachdruck verboten.)

Das grüne Kuvert

29] Erzählung von Otfried von Hanstein.

„Ich muß Sie bitten, sich den Film noch einmal recht genau anzusehen, aber bitte, achten Sie auf jede Kleinigkeit. Vorführer, recht langsam."

Wieder rollte das Bild vorüber und wieder fühlte sich Grete unendlich ergriffen.

„Nun, ist Ihnen nichts aufgefallen?"

„Ach, Herr Kommissar, es ist mein Verlobter, und er hat Geld in der Hand. Wie ist es nur möglich?"

„Vorführer, umrollen und noch einmal einsetzen. Ich bin schuld. Ich muß Sie darauf aufmerksam machen, worauf Sie achten sollen, sonst übersehen Sie es noch. Bitte, passen Sie mal ganz genau auf die Kleidung Ihres Verlobten auf."

„Auf die Kleidung?"

„Sie werden schon sehen. Und ganz langsam vorführen, wenn er auch ein bißchen versengt."

Wieder kam die Stelle.

„Das ist sein Sommeranzug, aber — Herrgott, wie kommt er denn zu dem steifen Hut?"

„Trug er den nicht?"

„Ja bewahre. Im vorigen Jahre hatte er so einen, aber den habe ich doch vor ein paar Monaten selbst einem Bettler geschenkt. Jetzt hatte er doch nur den neuen Strohhut, den er sich zur Reise gekauft, und den kleinen Filzhut, der zu Hause liegt."

„Halt. Schluß. Fräulein, wissen Sie ganz genau, daß Ihr Verlobter jetzt keinen steifen Filzhut hatte?"

„Aber nein."

„Schreiber, wie heißt die Gesellschaft doch, die den Film herausgebracht hat?"

„Nova-Filmkompagnie, Friedrichstraße 201."

„Fräulein, wollen Sie noch mal eine kleine Spazierfahrt mitmachen?"

Er eilte schon wieder die Treppe hinunter.

„Schreiber, Sie können auch mitkommen."

„Aber um Gottes willen, Herr Kommissar."

„Reden Sie nicht. Ich weiß selber nichts, aber von den nächsten Augenblicken hängt alles ab."

Sie sah den Kommissar mit großen Augen an und ihre Pulse flogen, aber der Wachtmeister Schreiber bedeutete sie, ruhig zu sein. In solchen Augenblicken durfte man den Kommissar nicht stören.

„Schreiber, Sie blieben im Wagen. Was sollen wir die guten Leutchen mit Ihrer Uniform ängstigen. Wie heißt der Direktor?"

„Von Hellringen."

„Also bitte, Fräulein Hanus."

Sie fuhren im Fahrstuhl hinauf.

„Herr Direktor von Hellringen zu sprechen?"

„Wen darf ich melden?"

„Kriminalkommissar Schlüter."

„Herr Direktor läßt bitten."

„Bitte, kommen Sie mit, Fräulein Hanus."

„Entschuldigen Sie, Herr Direktor, und bekommen Sie keinen Schreck, ich habe nur eine ganz einfache Anfrage."

„Stehe zu Diensten."

„Nicht wahr, der Film von der Kaiserparade, den ich hier habe, ist von Ihnen?"

„Jawohl."

„Originalaufnahme Ihrer eigenen Operateure?"

„Natürlich."

„Ist der Herr, der die Aufnahme gemacht hat, vielleicht hier?"

„Nein, aber um Himmels willen, Herr Kommissar —"

„Bleiben Sie ganz ruhig, es ist ganz harmlos. Ist denn der Herr, der den Film entwickelt und zusammengesetzt hat, da?"

„Rufen Sie mal Herrn Grimm."

Der Direktor hatte es hinaustelephoniert, und bald darauf erschien ein kurzer, dicker Mann im weißen Arbeitskittel des Laboratoriums.

„Kriminalkommissar Schlüter. Freut mich sehr, Herr Grimm. Sie haben den Kaiserfilm hier gemacht?"

„Jawohl."

„Sagen Sie mal, sind das alles Originalaufnahmen von dieser Parade?"

„Natürlich."

„Ganz bestimmt? Jeder Meter?"

Grimm knatzte sich am Kopf.

„Soweit es die eigentliche Parade angeht, allerdings."

„Aber sonst?"

Hellringen mischte sich ein.

„Na, Grimm, was haben Sie denn da für Sachen gemacht?"

„Ach, Herr Direktor, es ist ganz belanglos. Herr Friedrich hatte da noch allerhand Bilder vom Gedränge in der Friedrichstraße gemacht, und da waren sechzig Meter Film total verblitzt, und nun wäre es ja kurz geworden. Da habe ich ein paar Meter aus dem Negativ von der Einweihung der Elisabethkirche genommen, da, wo der Zug durch die Friedrichstraße kommt. Das heißt, nur das Gedränge auf dem Bürgersteig. Gedränge ist doch Gedränge, und das sieht immer gleich aus."

„Bitte, lassen Sie doch schnell einmal den Film durchlaufen und zeigen Sie mir die Stelle, die Sie aus dem alten Negativ genommen haben."

„Sofort."

„Noch eins. An welchem Tage ist jene Einweihung gewesen?"

„Voriges Jahr am 6. August."

Grete schrie leicht auf, aber Schlüter tat, als merke er es nicht.

Sie gingen in den Vorführungsraum.

„Sehen Sie, hier die dreißig Meter, auf denen gar nichts Wichtiges drauf ist —"

Es waren genau die Meter, die Arnold Becker in dem Portal der Bank zeigten.

„Die sind aus dem alten Film?"

„Allerdings."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907211-11/fragment/page=0002

Das Friedensangebot von 1916

Von
Staatsminister a. D. Dr. Helfferich.

In den nächsten Tagen erscheint im Verlage Ullstein & Co. der zweite Band des Werkes „Der Weltkrieg". Er enthält u. a. bemerkenswerte Aufschlüsse über die Friedensbemühungen des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg während des Jahres 1916, insbesondere auch über die Versuche Bethmanns, Wilson zu einer Friedensvermittlung zu bewegen. Die im Ullstein-Verlage erscheinende „Vossische Zeitung" gibt bereits die nachfolgenden darauf bezüglichen Stellen des Buches wieder.

Schon bei den Berliner Besprechungen über die an die amerikanische Regierung zu gebende Antwort auf die U-Bootnote vom 20. April entwickelte der Reichskanzler den Gedanken, unser kaum mehr zu vermeidendes Zugeständnis nicht nur zur Beseitigung der akuten Konfliktsgefahr, sondern womöglich zur Anbahnung des Friedens zu benutzen. Die in der letzten Zeit nach verschiedenen anderen Richtungen hin ausgestreckten Fühler hatten kein Ergebnis gehabt oder drohten ergebnislos zu bleiben. Dem Präsidenten Wilson traute der Kanzler zu, daß es ihn reizen könne, die große weltgeschichtliche Rolle des Friedensstifters zu spielen. Auf diesen Gedanken des Kanzlers geht der Hinweis auf unsere wiederholt gezeigte Friedensbereitschaft in unserer Note vom 4. Mai zurück. Der Kanzler hat auch in Unterhaltungen mit Herrn Gerard diesen Punkt berührt. Herr Gerard erzählte in seinem Buch, der Kanzler habe ihm bei seinem Abschied vom Großen Hauptquartier gesagt: „Ich hoffe, daß, wenn wir jetzt die Sache in Ordnung bringen, Ihr Präsident groß genug sein wird, die Frage des Friedens aufzunehmen." Herr Gerard erzählt weiter, daß auch späterhin der Kanzler bei verschiedenen Gelegenheiten ihm vorgeführt habe, daß Amerika etwas für den Frieden tun müsse, und daß, wenn nichts geschehe, die öffentliche Meinung in Deutschland sicherlich die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Bootkrieges erzwingen werde.

Mir gegenüber hat der Kaiser von einem Schritt bei Wilson, um diesen zu einer auf den Frieden gerichteten Aktion zu bestimmen, zum ersten Male gesprochen, als ich am 31. August 1916 nach der Kriegserklärung Rumäniens und nach der Ernennung Hindenburgs zum Chef des Generalstabs des Feldheeres zusammen mit dem Staatssekretär v. Jagow im Großen Hauptquartier eintraf. Der Kanzler, der schon zwei Tage vorher nach Pleß gereist war, entwarf uns ein Bild der Lage, die er trotz der Zuversicht Hindenburgs und Ludendorffs als außerordentlich schwer ansah. Wir müßten alles tun, um zum Frieden zu kommen. Der einzige Weg, den er überhaupt noch sehe, führe über Wilson, und dieser Weg müsse, auch wenn die Aussichten ungewiß seien, beschritten werden. Wilson habe allein bei unseren Gegnern die große Position, die für einen wirksamen Friedensschritt nötig sei. Wir müßten Wilson sagen, daß wir bereit seien, Belgien herauszugeben unter dem Vorbehalt, unsere Beziehungen zu Belgien nach dessen Restitution durch unmittelbare Verhandlungen zu ordnen.

Der Gedanke wurde zwischen dem Kanzler, Herrn v. Jagow und mir eingehend erörtert. Mir schien gegen eine Anrufung Wilsons zu sprechen, daß dieser im bisherigen Verlaufe des Krieges eine stets wachsende Voreingenommenheit zugunsten der Westmächte und ein geringes Verständnis für unsere deutschen Verhältnisse und Lebensbedürfnisse gezeigt hatte; sein Verhalten seit dem Beginn des Jahres 1916 schien mir keinen Zweifel mehr in seinen Gesinnungen uns gegenüber zu gestatten. Auch fürchtete ich, daß Wilson, wenn wir ihm die Friedensvermittlung in die Hand gäben, uns vor eine internationale Konferenz führen würde, in der unsere Feinde über uns zu Gericht säßen. Von der maßlosen Unpopularität einer Anrufung Wilsons als Friedensvermittler sprach ich nicht; ich wußte, daß der Kanzler sich darüber ganz im klaren war, daß aber solche Erwägungen ihn nicht bestimmen würden. Eine Verständigung mit Rußland auf Kosten Polens, über dessen künftigen Status der Kanzler und Jagow kurz zuvor in Wien verhandelt hatten, nötigenfalls sogar unter Zugeständnissen in dem von den Russen wieder besetzten Ostgalizien, zu denen sich unser österreichisch-ungarischer Verbündeter, wenn es nicht anders gehe, bereit finden müßte, erschien mir immer noch als der für uns günstigste Weg zum Frieden. Der Kanzler glaubte jedoch nach dieser Richtung hin kaum mehr eine Öffnung zu sehen, nachdem alle Sondierungen gescheitert waren, auch die im Einverständnis mit unseren türkischen Bundesgenossen gemachten Andeutungen einer den russischen Wünschen entgegenkommenden Regelung der Meerengenfrage. Herr v. Jagow pflichtete dem Kanzler bei.

In der Tat ließ der Kanzler in der ersten Septemberwoche an den Grafen Bernstorff nach Washington telegraphieren, um ihn ganz persönlich um seine Ansicht über Wilson als Friedensvermittler zu befragen. Graf Bernstorff antwortete, daß vor der Anfang November stattfindenden Präsidentenwahl von Wilson nichts zu erwarten sei; werde er wiedergewählt, wofür die Wahrscheinlichkeit spreche, dann werde er wohl die Friedensvermittlung in die Hand nehmen, da er überzeugt zu sein scheine, Amerikas Interesse verlange, daß keine der beiden Mächtegruppen zu Boden geworfen werde.

Herr Gerard will dann im Laufe des September von Herrn von Jagow gedrängt worden sein, mit seiner Frau, die für kurze Zeit nach Amerika gehen wollte, zusammen zu reisen, um den Präsidenten zu bestimmen, etwas für den Frieden zu tun. Wie weit das richtig ist, vermag ich nicht zu sagen.

Jedenfalls war der Eifer des Präsidenten, auf unseren Wunsch einen Schritt zur Herbeiführung des Friedens zu unternehmen, nicht allzugroß, obwohl er bei den Präsidentenwahlen für sich als den „Friedensmacher" Propaganda machen ließ. Auch nachdem er Anfang November wiedergewählt worden war, beeilte er sich nicht, irgendetwas zugunsten des Friedens zu tun oder auch nur die deutsche Regierung in irgendeiner Weise wissen zu lassen, daß er beabsichtige, mit einem Friedensschritt in naher Zeit hervorzutreten. Der amerikanische Geschäftsträger in Berlin, Herr Grew, wich jeder Sondierung aus, indem er die Frage des zwangsweisen Abtransportes der belgischen Arbeitslosen, bei dem bedauerliche Mißgriffe vorgekommen waren, zum Mittelpunkt der deutsch-amerikanischen Beziehungen machte.

Helfferich erzählt dann, wie die Rede Greys vom 23. Okt. 1916, worin der Völkerbund und das Schiedsgerichtsverfahren besonders gepriesen wurden, auf den Reichskanzler einen starken Eindruck machte und ihn zu der Absicht veranlaßte, im gleichen Sinn zu antworten. Helfferich erzählt weiter:

Mir schien die Frage der Verhinderung künftiger Kriege so lange im zweiten Rang zu stehen, als die Frage der Beendigung des jetzigen Krieges noch nicht gelöst sei. Die beste Antwort auf Grey schien mir solche zu sein, die Grey auf diese praktische Frage stellte.

Ich empfahl, zu überlegen, ob die Gesamtlage uns nicht das Recht und die Pflicht gebe, ein offenes Friedenswort zu sprechen, auf das unsere Feinde antworten müßten; etwa die Aufforderung an die Kriegführenden, zu einer Besprechung über die Möglichkeit eines Friedens zusammenzutreten, der Ehre, Dasein und Entwicklungsfreiheit aller wahre.

Der Kanzler erwärmte sich für den Gedanken und entschloß sich, sofort zum Kaiser zu fahren, der damals in Potsdam weilte. Im Begriff, ins Auto zu steigen, erhielt er die Nachricht von dem erfolgreichen Vorstoß der Franzosen vor Verdun auf das Fort Donaumont. Das war ein Dämpfer auf die rumänische Freude, aber mit solchen Zwischenfällen muß man im Kriege immer rechnen.

Der Kaiser war sofort einverstanden. Der Kanzler reiste noch am gleichen Abend nach dem Großen Hauptquartier, um sich mit dem Generalfeldmarschall von Hindenburg zu besprechen. Der Feldmarschall wollte sich nicht gegen die Anregung stellen und erklärte, er könne jedenfalls keine Aussicht eröffnen, daß nach Beendigung des rumänischen Feldzugs, die in einigen Wochen zu erwarten sei, im Winter oder im nächsten Frühjahr ein entscheidender, den Frieden militärisch erzwingender Schlag geführt werden könne.

Nachdem auf dieser Grundlage der Kanzler dem Kaiser nochmals vorgetragen hatte, schrieb der Kaiser an den Kanzler nachstehenden eigenhändigen Brief:

„Neues Palais, 31. 10. 16.

Mein lieber Bethmann!

Unser Gespräch habe ich noch nachher gründlich überdacht. Mir ist klar, die in Kriegspsychose befangenen, von Lug und Trug im Wahne des Kampfes und im Haß gehaltenen Völker der Feinde haben keine Männer, die imstande wären, sowie den moralischen Mut besäßen, das befreiende Wort zu sprechen. Den Vorschlag zum Frieden zu machen, ist eine sittliche Tat, die notwendig ist, um die Welt — auch die Neutralen — vor dem auf allen lastenden Druck zu befreien. Zu einer solchen Tat gehört ein Herrscher, der ein Gewissen hat und sich Gott verantwortlich fühlt, und ein Herz für seine und die feindlichen Menschen, der unbekümmert um die eventuellen absichtlichen Mißdeutungen seines Schrittes den Willen hat, die Welt von ihren Leiden zu befreien. Ich habe den Mut dazu, ich will es auf Gott wagen. Legen Sie mir bald die Noten vor und machen Sie alles bereit.

Wilhelm I. R."

Die folgenden Wochen waren ausgefüllt mit Verhandlungen mit unseren Verbündeten über die Grundlinien der bei einer Friedensbesprechung zu erstrebenden Ziele, über die Art des gemeinschaftlichen Vorgehens, über den Text der über unsere Friedensbereitschaft zu erlassenden Kundmachung oder der an die Alliierten zu übergebenden Note.

Daß irgendwelche Rücksichten auf den Präsidenten Wilson ein Hindernis für einen unmittelbaren Friedensschritt sein könnten, ist mir gegenüber in den vielfachen Besprechungen, die in dieser Angelegenheit stattfanden, von keinem der Herren, die an der Sondierung Wilsons beteiligt waren, jemals erwähnt worden. Bisher war auf die schon Anfang Mai von Herrn von Bethmann gegenüber Herrn Gerrard gemachte Andeutung keinerlei Antwort erfolgt. Das Anfang September an den Grafen Bernstorff gerichtete Telegramm hatte diesen auch nicht etwa beauftragt, bei Herrn Wilson oder der amerikanischen Regierung irgendeinen Schritt zu unternehmen, der die deutsche Regierung in ihrer eigenen Bewegungsfreiheit hätte binden können, sondern ihn nur um eine persönliche Meinungsäußerung über Wilsons Geneigtheit zu einem Friedensschritt ersucht. Die Möglichkeit, daß Wilson nach seiner am 6. November 1916 erfolgten Neuwahl zum Präsidenten irgend etwas zugunsten des Friedens tun werde, konnte uns, solange mit uns keine Vereinbarungen darüber getroffen oder uns nicht wenigstens die bestimmte Absicht eines Vorgehens mitgeteilt war, nicht das Recht der eigenen Initiative beschränken und uns der Verpflichtung überheben, nach anderen Wegen, die zum Frieden führen konnten, Ausschau zu halten und einen uns geeignet erscheinenden Zeitpunkt unsererseits für eine Friedensaktion zu benutzen.

In der Tat geht aus der soeben wiedergegebenen Stelle des Gerardschen Buches hervor, daß Herr Wilson am 4. Dezember, also vier Wochen nach seiner Wiederwahl, jedenfalls noch keinen bestimmten Schritt zugunsten des Friedens ins Auge gefaßt hatte und sich seinerseits uns gegenüber in der Friedensfrage in keiner Weise gebunden fühlte.

Ich erwähne dies ausdrücklich, weil späterhin bei uns in Deutschland behauptet worden ist, die deutsche Politik habe dem Präsidenten Wilson gegenüber ein doppeltes Spiel gespielt, indem sie ihn zuerst um eine Friedensvermittlung ersucht habe, und dann, nachdem Herr Wilson sich hierzu bereitgefunden, mit einer eigenen Aktion vorgegangen sei.

Persönlich erschien es mir für die deutsche Regierung durchaus erwünscht, die Initiative zum Frieden in der eigenen Hand zu behalten; denn ich konnte das Unbehagen gegenüber dem Gedanken einer Führung Wilsons in den Friedensangelegenheiten nicht überwinden. Außerdem konnte ich mir, so wenig es mir lag, im Strom der öffentlichen Meinung zu schwimmen, nicht verhehlen, daß die Stimmung in Heer und Volk gegen Amerika ein immer ernstlicheres Hindernis für eine amerikanische Friedensaktion geworden war.

Am 6. Dezember 1916 fiel Bukarest. Damit war der Zeitpunkt für die Friedensaktion gekommen.

Am 12. Dezember übergab der Reichskanzler den Vertretern der neutralen Mächte, die den Schutz unserer Interessen in den uns feindlichen Staaten übernommen hatten, eine Note mit dem Ersuchen um Uebermittlung an die mit uns im Kriege liegenden Staaten.

Teuerungsdebatte in der französischen Kammer

Versailles, 19. Juli.

In der gestrigen Sitzung der Kammer wurde über die allgemeine Teuerung und über die Ernährungspolitik der Regierung verhandelt. Die Maßnahmen der Regierung wurden aufs schärfste angegriffen, hauptsächlich von den Abgeordneten De Monzié und Paisant, die die Politik des Ministeriums Clemenceau für vollständig verkehrt halten und erklärten, man habe, um gegen die Teuerung anzukämpfen, die Gehälter erhöht, ein Gesetz gegen Spekulanten gemacht, die sich nicht darum kümmerten, und schließlich einen Wirtschaftsausschuß ernannt, aber vergessen, daß Frankreich sich in einer äußerst schwierigen Lage befinde, daß es Hilfe von seinen Alliierten hätte verlangen müssen. Schließlich wurde auch die Zollpolitik aufs schärfste angegriffen, namentlich der Wertzoll, der Frankreich konkurrenzunfähig mache. Ernährungsminister Boret war als einziger Minister anwesend und verteidigte die Politik des Ministeriums. Er verwarf schließlich die Tagesordnung Augagneur, der auch in die Debatte eingriff und erklärte, das Ministerium habe sich unfähig erwiesen, gegen die Teuerung anzukämpfen. Belgien und Italien hätten Erfolge erzielt. Der Ernährungsminister erklärte, nur die Tagesordnung Renard annehmen zu können. Doch wurde der Tagesordnung Augagneur mit 227 gegen 213 Stimmen der Vorrang zuerkannt. Durch diese Abstimmung ist das Ministerium in die Minderheit gebracht. Der Ernährungsminister Boret hat Clemenceau den Rücktritt angeboten. In letzter Stunde wird gemeldet, daß der Ernährungsminister endgültig zurückgetreten ist. Der Unterstaatssekretär Noy ist mit der provisorischen Verwaltung des Ministeriums betraut worden.

Beamtenfreundlichkeiten der Mehrheitsparteien

Das Benehmen der Mehrheitsparteien der Nationalversammlung in der Sonnabend-Sitzung verdient einmal kurz vor der Oeffentlichkeit gekennzeichnet zu werden. Es war bereits gesagt, daß bei der hastigen und überstürzten Gesetzemacherei, wie sie hier nun schon zur eingebürgerten Sitte geworden ist, wie sie aber gerade in der Sonnabend-Sitzung eine besondere Orgie feierte, eine wirkliche Prüfung und Durchberatung der einzelnen Entwürfe gar nicht möglich ist. Bei diesem Verfahren kommen dann solche gesetzgeberischen Mißgeburten zutage, wie das Siedelungsgesetz eine ist, dem der deutschnationale Abgeordnete Dr. Hampe schon aus juristischen Gründen mit vollem Recht das Schicksal einer nochmaligen Durchberatung prophezeien konnte. Der Anblick, den die verfassunggebende Reichskammer am Sonnabend bot, war in Anbetracht der Tatsache, daß nicht weniger als acht Gesetzentwürfe beraten werden sollten, geradezu kläglich. Hätte man gleich nach Beginn der Sitzung die Beschlußfähigkeit angezweifelt, so hätte das hohe Haus wahrscheinlich, vulgär gesagt, die Bude zumachen können, denn es war fraglich, ob überhaupt noch genügend Abgeordnete zusammengetrommelt werden konnten, um die beschlußfähige Mitgliederzahl auf die Bänke zu bringen. Aber hieran nahm niemand von den Mehrheitsparteien Anstoß, solange es sich „nur" um Gesetze handelte; als es aber darum ging, die deutschnationale Beamteninterpellation, die nun seit dem 28. März ihrer Erledigung harrt, von der Tagesordnung abzusetzen, da waren auf einmal die Herren der Mehrheitsparteien sehr rührig, warfen sich in die Brust und erklärten, es könne der deutschen Beamtenschaft damit kein Gefallen getan werden, wenn die sie interessierenden Fragen hier vor einem so leeren Hause verhandelt würden. Die Herren Böhme von den Demokraten und Loebe von den Sozialdemokraten troffen dabei förmlich von Beamtenfreundlichkeit und suchten so um ihre Furcht, daß die Beamtenfrage hier erörtert würde, ein schäbiges Mäntelchen zu hängen. Es verlautete bereits vorher im Hause, daß Herr Groeber vom Zentrum die Beschlußfähigkeit des Hauses anzweifeln würde für den Fall, daß, wie es geschah, mit den Deutschnationalen auch die Deutsche Volkspartei gegen die Absetzung von der Gesetzesordnung Protest erheben würde. Man scheint sich aber bei den Mehrheitsparteien doch noch im letzten Augenblick der überaus lächerlichen Rolle bewußt geworden zu sein, die man dann angesichts der vorherigen leichtfertigen Gesetzesmacherei gespielt hätte, und so griff man zum anderen, in seiner Wirkung übrigens ebenso üblen Mittel: Herr Loebe beantragte die Absetzung von der Tagesordnung und fand für seinen Antrag eine notdürftige Mehrheit bei den anwesenden Mitgliedern des Zentrums, der Demokraten und seiner eigenen Partei. Wenn ein Abgeordneter durch wichtige Geschäfte oder auch durch kommunale Pflichten, die er zu verwalten hat, verhindert ist, seine Tätigkeit in Weimar auszuüben, so mag das hingehen, besonders angesichts der Tatsache, daß die überaus lange Tagung den regelmäßigen Besuch der Sitzungen wirklich erschwert. So wie es aber jetzt hier Sitte geworden ist, wird es allmählich geradezu ein Skandal, und das geringe Ansehen, welches die Nationalversammlung im Volke genießt, kann dadurch kaum gehoben werden. Die Herren Nationalversammelten, besonders die von den Mehrheitsparteien, sollten sich das gesagt sein lassen. Die deutsche Beamtenschaft aber möge von dem Vorfall Kenntnis nehmen und sich diejenigen Parteien merken, die es verhindert haben, daß die Interpellation nun endlich zur Verhandlung kam.

Der demokratische Parteitag

Der Parteitag der demokratischen Partei hat am Sonnabend nachmittag im großen Saale der „Philharmonie" in Berlin, wo vor 8 Tagen die Deutschnationale Volkspartei tagte, begonnen. Wo vor 8 Tagen schwarz-weiß-rote Fahnen wehten, waren am Sonnabend schwarz-rot-goldene Flaggen ausgestellt. Schon dies äußere Bild charakterisiert den demokratischen Parteitag.

Den Geschäftsbericht erstattete der Abgeordnete Nuschke, Chefredakteur der „Berliner Volkszeitung", eines Ablegers des „Berliner Tageblattes", der im Mosseschen Hinterhause erscheint. Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß die demokratische Partei gegenwärtig ohne die besetzten Gebiete 787 000 eingeschriebene Mitglieder zählt.

Danach gab der Abgeordnete Petersen einen Ueberblick über die Fraktionspolitik in der Nationalversammlung. Das „Berliner Tageblatt" hebt hervor, daß während dieses Vortrages wiederholt starker Widerspruch und Zwischenrufe im Saal laut wurden. Das veranlaßte ihn dazu, die Stellungnahme der Demokratie zur Sozialdemokratie grundsätzlich zu besprechen. Die Sozialdemokratie, sagte er, lasse, in der Regierung an vorderster Stelle stehend, Klarheit, Sicherheit und Stetigkeit vermissen. Habe sie, führend, ein soziales und wirtschaftliches Programm entwickelt? Alles werde immer nur mit dem Schlagwort „Sozialisierung" gemacht. Wahre demokratische Politik, fuhr er fort, könne man zurzeit viel klarer außerhalb der Regierung vertreten. Die Demokratie müßte schweigsam abwarten, bis man an sie herantrete. Aber dann würden wir die Berücksichtigung unserer Grundsätze verlangen. Trotzdem dürfe die demokratische Fraktion keinen Zweifel darüber lassen, daß sie jede demokratische und klare soziale Politik der Regierung unterstützen werde.

Mit besonderer Schärfe kennzeichnet er das von der Nationalversammlung angenommene Sozialisierungsgesetz, das nach seiner Ansicht nur aus in Paragraphen gesetzte Redensarten besteht. Bemerkenswert ist das Eingeständnis des Redners, daß die Demokraten diesem Gesetz lediglich deshalb zugestimmt haben, damit etwas geschehe, um die Gemüter zu beruhigen. Hiermit wird ausdrücklich bekannt, daß die Demokraten dem Sozialisierungsgesetz nicht aus sachlichen Erwägungen zugestimmt haben, sondern ausschließlich eine Konzession an die allgemeine Volksstimmung gemacht haben.

Der Parteitag war, wie das „Berliner Tageblatt" besonders hervorheben zu müssen glaubt, sehr erregt und teilweise auch oppositionell gestimmt. Das sei ein gutes Zeichen, so wird besonders betont, für die aktive Teilnahme an der Gestaltung der Partei. Darin habe er sich, soweit man nach dem Eindruck des ersten Tages sehen könne, vorteilhaft von dem Weimarer Parteitag der Sozialdemokratie, der sich in abgeklärten bureaukratischen Formen vollzog, abgehoben.

Am gestrigen Sonntag gingen die Verhandlungen weiter.

Ein amtlicher Funkspruch der Bolschewisten gibt zu, daß die Denikin-Armee die Linie Nowobukow—Boelgorod—Ostrowaschk erreicht hat. Aus Reval wird das Eintreffen des polnischen Bevollmächtigten gemeldet, der sich zu Besprechungen über ein Uebereinkommen Finnlands, Estlands, Lettlands, Litauens, Polens und der Ukraine nach Finnland begeben will.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907211-11/fragment/page=0003

Original Weck- und Silesia-Einkoch-Gläser, rein weisse Ware in allen Grössen, billigste Tagespreise. **Louis Böker,** Leipzigerstr.

Stellen-Angebote

Blattmetall- und Bronzefarben-Werke sucht eingef. strebsamen

Vertreter.

Eingeh. Offerten unt. Z. 1813 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Vertreter für Baumwollwaren,

welche in Manufakturwaren-Geschäften und Kaufhäusern bestens eingeführt sind, zum Besuche des hiesigen Platzes und aller größeren und kleineren Städte der Umgegend für sofort gesucht. Nur Vertreter, die sich über beste Erfolge ausweisen können, wollen sich melden bei
Braunsberg & Co., Berlin C., Königstr. 9–10.

Für m. Getreide-, Düngemittel- und Kohlengeschäft suche ich für sofort. Antritt einen äuß. tücht. j. Mann als
Buch- u. Lagerhalter.
Nur best. empfohlene Leute aus dieser Branche finden Berücks. Nichtantwort innerhalb 3 Tagen gilt als Absage.
Richard Rauh, Tanna (Reuß).

Aelteres, zuverl., sauberes
Hausmädchen
das selbständig kochen kann, z. 1. Sept. gesucht. Zu meld. **Magdeburgerstr. 46 I. Etg.**

Wegen Verheiratung meiner jetzigen suche ich zum 1. Oktober d. Js. eine nicht zu junge
tüchtige Mamsell.
Frau R. Richter. Gut Renken, Kreis Delitzsch.

Sauberes, tüchtiges und bestempfohlenes
Mädchen
für kleinen Privathaushalt (3 Erwachsene) per sofort od. etwas später gesucht. Angebote an
W. Voigt, Berlin NW. 21, Bochumer Str. 23 III.

Stellen-Gesuche

Landwirt sucht wegen Verkauf seines Gutes Stellung auf kleinerem oder mittlerem Gut
als Wirtschafter.
Bin 38 Jahre alt, event. spätere Verheiratung.
Emil Biedermann, N.-Frauendorf bei Dippoldiswalde.

Herrschaftsgärtner
42 J. alt, in allen Zweigen der Gärtnerei gründl. erf., sucht sof. od. 1. Okt. dauernde Stellung in Herrschafts- od. Gutsgärtnerei. Habe schon größeren Betrieben vorgestanden. Gefl. Angeb. erb.
R. Heß, Aue i. Sa., Schneeberger Str. 120.

Verkäufe

Gasthof
mit Posthilfstelle mit allem Zubehör zu verkaufen. Uebernahme kann baldigst erfolgen.
B. Elste, Hainrode b. Sangerhausen, Bahnstation Wallhausen.

Flügel
umständehalber preiswert zu verkaufen.
Leutn. Waischwillat, 1. Landesjäg.-Feld-Batt., Artillerie-Kaserne.

3 Stück komplette **Kalksandstein-Maschineneinricht.,** sehr gut erhalt., betriebsfäh., zu verk. **Ing. A. Widera, Stettin.**

Angebot!
**Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen**
ca. 150 Zimmer
in einfacher bis ganz reicher Ausführung.
Möbelfabrik
Albert Martick Nachf.
Inh. Richard Ziemer,
Halle a. S., Alter Markt 2.

Wenig gefahrenen, elegant
Landauer
und leichten
Halbverdeckwagen
verkauft Stadtgut, Böllbergerweg 93.

Geflügel-Backfutter,
ein vorzügl. Hühnerfutter, Mark 30,– die 50 kg ohne Sack, hat abzugeben
W. Jericho, Ellermühle bei Nordhausen.

Getrocknete
Rübenblätter,
Ia Schweinefutter, Mk. 30,– die 50 kg ohne Sack hat abzugeben W. Jericho, Ellermühle bei Nordhausen.

Ziegen-Salzleckrollen
Elverge, G. G. m. b. H., Gr. Märkerstr. 5.

9jähr. schwerer
Zuchthengst,
fromm, zugfest, sowie 2 ältere
Schafböcke
zur Zucht zu verkaufen. Näheres
K. Rödel, Poststr. 1.

Kaufgesuche

Suche zu kaufen
Wirtschaft
mit 30–40 Morgen Feld mit sämtlichem Inventar bei 10 000 Mark Anzahlung. Offert. unt. **D. L. 6907** an Rudolf Mosse, Dresden.

Feldbahngleis,
65 mm hoch, in 600 mm Spur auf Stahlschwellen m. Wagen zu kaufen gesucht.
Matth. Thiel, Köln-Rippes, Kempenerstr. 95.

Suche 4–500 Ztr. eingef. Schnitzel
mit Rübenblättern zu kaufen. Offerten erbittet
v. Rein, Osmünde.

Suche eine kleine Landwirtschaft
von zirka 20 bis 100 Morgen zu kaufen und bitte um Angebote nebst Preis.
Livonius, Sinnershausen bei Wasungen.

Wilhelm Reichert,
Halle a. S. – Hamburg – Berlin,
kauft auf feste Rechnung und übernimmt in den einzelnen Städten zum kommissionsweisen Verkauf:
Grüne Bohnen, Möhren, Schoten-Erbsen, Früh-Zwiebeln und sämtliche Sorten Obst.
Briefanschriften für Halle, Landwehrstr. 26, Send.: Station Halle.
" " Hamburg, Bahnhofsplatz 1, Sendungen: Station Hamburg – Hann. Bahnhof.
" " Berlin, Kaiser Wilhelmstrasse 11. Sendungen: Station Berlin – zuständiger Bahnhof.

Doktor-Dissertationen

wissenschaftliche und fremdsprachliche Werke, Zeitschriften, Broschüren, Festschriften, Vereinsdrucksachen, Diplome, Privatdrucksachen, Prospekte, Beilagen und Flugblätter in Massenauflagen fertigt preiswert und schnellstens an

Buch- u. Kunstdruckerei Otto Thiele, Halle
Leipziger Straße 61-62. Fernruf 7801, 5608-10

Garbenbänder zur sofortigen Lieferung hat abzugeben.
Telephon 152. **Julius Laub, Ansbach.**

Geldverkehr

Geld in jeder Höhe monatl. Rückzahlg. verleihen sofort
H. Blume & Co., Hamburg 5

Heirat

Herr in gut. Verhältnissen sucht auf diesem nicht mehr unbekanntem Wege eine passende **Lebensgefährtin** im Alter bis 35 Jahre, welche über ein größeres Vermögen (30–40000 M.) verfügt, Witwe mit Kind. nicht ausgeschlossen. Gefl. Off. bitte **u. Z. 1812** in der Geschäftsstelle dieses Blattes niederzulegen. – Gewerbsmäßige Vermittler verbeten.

Heiratsgesuch.
Tüchtiger, strebs. Landwirt, 25 J., ev., schöne, dunkelbl. Figur, sucht in mittlere oder kleinere Landwirtschaft einzuheiraten. Alleintöchter od. junge Witwen, mögl. ohne Anhang, oder Waisen, welche aufrichtig liebend sind, nicht über 25 Jahre, werden ersucht, nur ernstgem. Offerten, mögl. mit Bild, was sofort zurückges. wird, u. **Z. 1811** an d. Geschäftsst. d. Z. zu richt. Anon. unberücks. Strengste Verschwiegenh. Ehrensache.

Bess. Beamter i. sich. Lebensstellg. m. größ. Vermög. u. eig. Wohng., streng solid. Jungges., einwandfreie Vergangenh., w. pass. Fräul. (auch Landwirtstocht.) beh. Heirat k. z. l. Nur ernstgem. Zuschr. an R. A. Schr., Leipzig, Plösner Weg 12 r. II Trepp. erbet. Verschwiegenh. w. zugesich.

Verschiedenes

Schlechte Vertrocknete
Fussböden
in Holz, Linoleum, Steinholz, mit Salon-Parkett mit „THEOLIN" „THEOPOL" gereinigt und gepflegt, werden zur Zierde jeden Hauses. Besser und billiger als Fussbodenöle, Bohnermassen u. Stahlspäne. **Keine Kriegsprodukte.** Versand in Originalkannen von 5 kg an.
Alwin Th. Richter, Leipzig 13,
Bayerschestr. 73. Tel. 31577 u. 9621.
Erstes Spezialhaus für Fussbodenpflege.
Vertreter:
Johannes Däumig. Halle a. S., Alte Promenade 13.
Persönliche Vorführung unverbindlich.

Elektrische
Glühlampen
zu Fabrikpreisen
Hönemann
Bauhof 1. Tel. 3631.

Donnerstag, den 24. Juli, 11 Uhr
Obstverpachtung.
Rittergut Beesen.

Waschgefäße
in nur dauerhafter, solid. Handarbeit in großer Auswahl jetzt wieder am Lager.
Böttcherei
21 Schülershof 21, dicht am Marktplatz

Fahrrad-Schläuche und Außenbereifung,
Ia. Auslandsware, kann laufend liefern
Th. Michels, Hagen i. W.
– Fernruf 2934. –

Tuchversand
Direkt ab Fabrik
Versand von
Damen- u. Herrenstoffen
für Anzüge, Paletots, Kostüme u. Kleider.
Nur **gute** Stoffe, **kein** Papierzusatz, **keine** Ersatzware. Mustersendung gegen Nachnahme von 3 Mark, welche bei Bestellung vergütet werden.
Luckenwalder Wollwarenfabrik
Joh. Asendorf,
Luckenwalde bei Berlin.

Klavier-Stimmungen u. Reparaturen
werden fachmännisch ausgeführt. Stimmungen im Abonnement. Meine Stimmer und Techniker sind mit Ausweis versehen u. kommen nur auf Bestellung.
B. Döll, Klavierhandlung, Gr. Ulrichstr. 33/34.

Nervöse Schlaflosigkeit
wird behoben durch
Anglovat
(Extr. Valerian. cps.)
nur aus Pflanzenstoffen bereitet.
Preis: 4.–
Generaldepot: Hohenzollern-Apotheke,
Berlin W 10, Königin Augustastr. 50.
Telefon Lützow 133.
Zu beziehen durch jede Apotheke.

Schafwolle

kaufen jeden Posten für eigene Rechnung zu den gesetzlichen Höchstpreisen oder übernehmen für den Schafhalter kostenlose Vermittlung des Waschens u. der Ablieferung an die Kriegswollbedarfs-A.-G., Berlin, auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen
Lehmann, Sonnenberg & Co., Leipzig.
Großhandelsfirma des deutschen Wollhandels.
Telegramm-Adr.: Schafwolle. Fernspr. Nr. 3404.
Zinsfreier Vorschuß nach Eingang der Wollen in der Wäscherei. **Gutes Strickgarn** wird von uns gegen die zur Selbstversorgung freigegebene Menge Wolle geliefert. – Ortsbehördliche Bestätigung der Schafzahl ist beizubringen.

Spedition
nach dem In- und Ausland
Lagerhäuser
12 000 □-Meter mit Bahnanschluß und Hafen
Robert Haberling-Berlin W 9

Friedrichroda (Thür. Wald).
Sommer- u. Winterkurort ist für den Kurverkehr **nicht** gesperrt. Aufenthalt gegen amtsärztliches Zeugnis der Heimatbehörde. Prospekt: **Städt. Kurverwaltung.**

Walhalla-Operetten-Theater.
Ensemble-Gastspiel
Dir. Felix Meinhardt.
Der Operettenschlager
Ihre Hoheit – die Tänzerin.
Musik von Walter Götze.
Die Vorstellung beginnt pünktlich 7½ Uhr.
Kasse von 10–1½ u. 4–6.

Apollo-Theater.
Täglich abends 8 Uhr
Wiener Blut
Operette von Joh. Strauß.
Pepi .. Emmy Sturm a. G.
Vorverkauf 9–1 u. 5–½7.

Brautfrisuren
Hochzeitsfrisuren
Theateraufführungen
G. Niedermann, Poststr. 1.

Elegante
Damentaschen
aus prima Leder in großer Auswahl äußerst preiswert.
Hch. Krasemann
Nur
Schmeerstr. 19.

Gebr. Bethmann
Werkstätten für Wohnungskunst
Halle a. d. S.
Große Steinstraße 79-80.
Klubsessel
in weicher Polsterung.

Das Recht der freien Liebe!!
Vortrag von P. Schlaudraff-Haiger
am Dienstag, den 22. Juli d. J., abends 8½ Uhr in den „Thaliafestsälen", Geiststr. 42a.
Eintrittspreis:
1. Platz 5 Mk., 2. Platz 2,50 Mk., 3. Platz 1 Mk.
Eintrittskarten im Vorverkauf zu haben bei **Carl Fehling** Gr. Ulrichstr. 35 (Ecke Alte Promenade), und an der Abendkasse. Kassenöffnung 7½ Uhr.

Preußisch. Beamten-Verein in Hannover.
Lebensversicherungsanstalt für alle deutschen Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten, Geistlichen, Lehrer, Lehrerinnen, Rechtsanwälte, Aerzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Ingenieure, Architekten, Techniker, kaufmännische Angestellte u. sonstige Privatangestellte.
Versicherungsbestand 434 448 998 Mark.
Vermögensbestand 193 346 951 Mark.
Alle Gewinne werden zugunsten der Mitglieder der Lebensversicherung verwendet. **Die Zahlung der Dividenden, die von Jahr zu Jahr steigen u. bei längerer Versicherungsdauer mehr als die Jahresprämie betragen können, beginnt mit dem ersten Jahre. Die für die ganze Dauer der Lebens- und Rentenversicherungen zu zahlende Reichsstempelabgabe von ⅓ der Prämie trägt die Vereinskasse.** Betrieb ohne bezahlte. Agenten und **deshalb niedrigste Verwaltungskosten.**
Wer rechnen kann, wird sich aus den Drucksachen des Vereins davon überzeugen, daß der Verein sehr günstige Versicherungen zu bieten vermag, und zwar auch dann, wenn man von den Prämien anderer Gesellschaften, die in Form von Bonifikationen, Rabatten usw. in Aussicht gestellten Vergünstigungen in Abzug bringt. Man lese die Druckschrift: **Bonifikationen und Rabatte in der Lebensversicherung.** Zusendung der Drucksachen erfolgt auf Anfordern kostenfrei durch
Die Direktion des Preussischen Beamten-Vereins in Hannover.
Bei einer Drucksachenanforderung wolle man auf die Ankündigung in diesem Blatte Bezug nehmen.

Gobelins *Friedensqualität* *Riesenauswahl*
Möbel-Fabrik
C. Hauptmann
Kl. Ulrichstrasse 36a u. b.

Erholungs- und Genesungsheim für Kinder
Luginsland, Gernrode, Harz
Aufnahme blutarmer, schwächlicher oder rachitischer Kinder vom 5. Jahre ab. Speziell orthopädische Kranke für Nachbehandlung. Nur 10–12 Kinder, daher individ. Behandlung. Aerztliche Ueberwachung. Gute Verpflegung. Turnunterricht für Erwachsene u. Kinder. Solbad mit all. Kurmitteln. Mildes Klima, geschützte Lage, dicht am Hochwald. Prospekte frei durch d. Leiterin
Annemarie von Kessel, staatl. gepr. Krankenpflegerin, Turnlehrerin u. Orthopädin.

Regeneration
Aufklärschrift J. 50.
Wald-Sanatorium Sommerstein
bei Saalfeld i. Thür.
Blutreinigung, Kräftigung.
Aeußerst wirksam!
Naturkuren, Schroth- u. a. Kuren.

Einjähriges! Abendkursus.
Dr. Werner, Neue Promenade 1.

Dauerhafte
Reisekoffer,
sehr leicht u. preiswert.
H. Krasemann,
nur
Schmeerstr. 19.

Gummiwaren-Fachgeschäft und Versandhaus
Preisliste gratis.
C. Klappenbach,
Gr. Ulrichstr. 41.

Bankhaus Paul Schauseil & Co., Halle a. S., Bitterfeld, Delitzsch, Eilenburg, Gräfenhainichen. An- und Verkauf von Wertpapieren. Einlösung von Zinsscheinen, Verzinsung von Geldeinlagen, Conto-Corrent- und Wechsel-Verkehr etc.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907211-11/fragment/page=0004

Halle und Umgebung

Halle, 21. Juli.

Die neuen Gaspreise

Nachtrag a) zu den Allgemeinen Bedingungen für die Abgabe von Gas vom 22. Dezember 1913: Der Preis für 1 Kubikmeter Niederdruckgas beträgt bei Verwendung zum Beleuchten, Kochen und Heizen 40 Pfg., zum Betriebe von Gaskraftmaschinen und für andere gewerbliche Zwecke 38 Pfg.; b) zu den Bedingungen für die Entnahme von Gas aus Automaten vom 22. Dezember 1913: Die Gasabgabe durch Münzgasmesser erfolgt nach Form A zum Preise von 40 Pfg. für 1 Kubikmeter, nach Form B zum Preise von 43 Pfg. für 1 Kubikmeter; c) zu den Bedingungen für die Entnahme von Gas nach dem Pauschalpreis (ohne Gasmesser) vom 20. Dezember 1915: Der Pauschalpreis beträgt für 1 Leuchtflamme von 100 Kerzen Helligkeit bei nicht mehr als 2 Flammen in der Zeit vom 1. April bis 30. September 3,25 Mk., vom 1. Oktober bis 31. März 4,50 M., für jede weitere angeschlossene Flamme 2,75 M. bzw. 3,25 M., für 1 Leuchtflamme von 50 Kerzen Helligkeit bei nicht mehr als 2 Flammen in der Zeit vom 1. April bis 30. September 2 M., vom 1. Oktober bis 31. März 2,75 M., für jede weitere angeschlossene Flamme 1,40 M. bzw. 1,80 M. monatlich.

Dieser Nachtrag tritt mit der Gasmesserablesung bzw. bei Pauschalpreis-Gasabnahme mit dem Tage der Abrechnung im Juli 1919 in Kraft.

Vorstehender, durch Beschluß der städtischen Körperschaften vom 29. Mai/14. Juli 1919 genehmigter Nachtrag wird mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß der Preisunterschied von 24 Pfg. für 1 Kubikmeter Gas gegenüber dem Friedenspreis gemäß Nachtrag b gelegentlich der Entleerung der Münzgasmesser von den damit beauftragten Personen erhoben und auf den Kartenblättern besonders vermerkt werden wird. Die Inhaber der Münzgasmesser haben sich davon zu überzeugen, daß die nacherhobenen Beträge richtig vermerkt werden. Zahlungsverweigerung hat die sofortige Absperrung der Leitung zur Folge.

Der Arbeitermangel im Bergbau

Man schreibt uns: Die vor kurzem in einem Teil der Blätter veröffentlichten Feststellungen über den trotz der hohen Ziffer der Arbeitslosen festzustellenden Arbeitermangel im Bergbau scheinen gewissen Stellen unbequem gewesen zu sein. Der „Bochumer Anzeiger" veröffentlicht nämlich in seiner Nr. 154 eine Zuschrift „aus Gewerkvereinskreisen", welche die Tatsache des unleugbaren Mangels an Arbeitskräften zu beschönigen und zu entschuldigen versucht.

Zunächst stellt sie die Forderung auf, daß der Bergmann „entsprechend seiner schweren, aufreibenden und gefährlichen Tätigkeit geachtet und entlohnt" werden müsse. Bisher ist nicht bekannt geworden, daß der Bergmann nicht genügend geachtet und entlohnt worden sei. Es hat im Gegenteil der ordentliche gelernte Bergmann im Industriebezirk unter sämtlichen Arbeiterkategorien die größte Achtung genossen; dementsprechend war auch die Entlöhnung, die nach Ausweis der Statistiken der Berufsgenossenschaften höher war als die der Arbeiter anderer Gewerbezweige. Ebenso abwegig ist die andere Unterstellung, es sei nicht genug geschehen zur Schaffung eines „seßhaften" Bergarbeiterstandes. Denn am 1. März 1914 besaßen die dem Bergbauverein angeschlossenen Zechen 94 027 Arbeiterwohnungen, in denen 148 583 Belegschaftsmitglieder Unterkunft gefunden hatten. Auf 62 Zechen bezw. selbständigen Schachtanlagen wohnte über ein Drittel und auf 27 Zechen sogar über die Hälfte der Arbeiter in solchen Wohnungen. Ihr Bau hätte in noch viel stärkerem Maße betrieben werden können, wenn nicht gerade aus denselben Kreisen, die jetzt die Forderung nach Seßhaftmachung des Bergarbeiterstandes erheben, den Arbeitern das Beziehen der Zechenwohnungen systematisch verleidet worden wäre.

Zur Kritik gesellen sich noch zwei Forderungen, die eine nach Gewährung eines Urlaubs, die andere nach Erhöhung der Knappschaftsbezüge. Es soll durchaus nicht bestritten werden, daß im Interesse der Arbeiterschaft und der Volksgesundheit beiden Forderungen eine recht baldige Verwirklichung sehr zu wünschen wäre. Der Kardinalpunkt ist aber die Beschaffung der nötigen Geldmittel. Allein für die Urlaubsgewährung würde sich die erforderliche Summe bei der jetzigen Belegschaft von 420 000 Arbeitern bei einem Durchschnittslohn von 16 M. und bei einer Dauer von einer Woche auf über 40 Millionen Mark — abgesehen von indirekten Betriebsverlusten — belaufen. Noch viel beträchtlicher würden die Aufwendungen für die Erhöhung der Knappschaftsbezüge sein. Die beiden Wünsche stellen also im Grunde genommen keine sozialen, sondern Finanzfragen dar, deren Lösung nicht von dem mehr oder weniger guten Willen der Beteiligten, sondern allein von der Beschaffung der Gelder abhängt. Diese hat natürlich in allererster Linie zur Voraussetzung Beseitigung des Arbeitermangels und gesteigerte Produktivität, beides Erfordernisse, deren Erfüllung nicht bei den Werksbesitzern, sondern bei den Arbeitern liegt.

— **Postverkehr mit dem besetzten Gebiet.** Für die britische Zone der besetzten deutschen Rheingebiete sind die bisherigen Beschränkungen in der Ein- und Ausfuhr von Waren in Paketen mit der Post mit folgenden Ausnahmen aufgehoben worden. Verboten sind nur noch: a) die Ein- und Ausfuhr von Waffen, Munition und Kriegsbedarf; dieses Verbot bezieht sich nicht auf Jagdwaffen und Jagdmunition; b) die Ausfuhr — aus der britischen Zone — von Farbstoffen, Chemikalien, Platina, Gold, Silber, gemünztem Geld und ausländischen Werten. Die Beschränkungen für den Austausch von Geldbriefen und Wertpaketen bleiben zunächst noch für beide Richtungen in Kraft.

— **Landwirtschaftliche Arbeitsvermittlung in der Provinz Sachsen.** Das Reichsarbeitsblatt vom 26. Juni bringt eine ausführliche Statistik über die Vermittlung einheimischer land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter im Mai 1919 getrennt nach den einzelnen Provinzen und Staaten. Danach sind in die Landwirtschaft vermittelt worden in der Provinz Sachsen 4314, in der Provinz Brandenburg und Groß-Berlin zusammen 4819, Hannover 3824, Freistaat Sachsen 3799, Schleswig-Holstein 3523 und Rheinland 2442. Von den in der Provinz Sachsen im Mai vermittelten 4314 Arbeitskräften waren 2205 weibliche und von diesen 973 Wanderarbeiter. Groß-Berlin und Brandenburg vermittelten im Mai an weiblichen Wanderarbeitern 257, die anderen Bezirke nur geringe Mengen. In der Beschaffung von männlichen Wanderarbeitern steht die Provinz Sachsen mit 326 Vermittelungen an zweiter Stelle; die Wanderarbeitervermittlung erfolgt hier teils durch die Zentralauskunftsstelle in Magdeburg selbst, teils durch die örtlichen öffentlichen Arbeitsnachweise.

— **Wir gehen in die Pilze!** Ein Handbuch für Pilzfreunde und solche, die es werden wollen. Von Johannes Fühling. Zweite, bedeutend erweiterte Auflage mit etwa 150 Federzeichnungen im Text und zahlreichen, zu „Sammelgängen" vereinigten künstlerischen Pilztafeln. Preis des Buches 6,60 Mk. einschl. 10 v. H. Teuerungszuschlag. Preis jedes „Sammelganges", von denen bisher zwei vorliegen, 3 M. einschl. Teuerungszuschlag. Volkstümlicher und leichter verständlich als alle anderen Pilzbücher lehrt es die Pilze so kennen, daß jede Gefahr einer Vergiftung ausgeschlossen erscheint. Nicht nur sind bei jedem Pilze die Erkennungszeichen und Merkmale scharf hervorgehoben, es werden auch die Standorte angegeben, und eine beigefügte Federzeichnung gibt ein charakteristisches Bild des Pilzes. Farbige Pilztafeln in köstlicher Naturtreue, je zehn zu einem Sammelgang in Mappe geordnet, wiederum deutlich die Merkmale und das Vorkommen des betreffenden Pilzes angebend, vollenden, was das Buch selbst lehrt. Von besonderem Wert, namentlich für die Hausfrauen, sind die Koch- und Verwertungsvorschriften bei jedem Pilz und im Anhang.

Provinz Sachsen

Gegen die Abtrennung Thüringens

Ueber die Größe, die ein durch Zusammenschluß aller thüringischen Staaten geschaffenes Gebilde aufweist, macht man sich in den ein Großthüringen fordernden Kreisen oft ein gänzlich falsches Bild. Die thüringischen Staaten haben zusammen einen Flächeninhalt von 12 325 Quadratkilometern mit 1 585 000 Einwohnern. Diese Zahlen übertreffen nur um ein Geringes den anliegenden preußischen Regierungsbezirk Merseburg mit 10 214 Quadratkilometer und 1 310 000 Einwohnern und stehen bedeutend gegen den Durchschnitt aller preußischen Provinzen zurück, der nach Heft 2 des „Neuen Thüringen" 28 946 Quadratkilometer und 3 169 000 Einwohner ergibt. Die Zahlen zeigen deutlich, daß sich bei einem Zusammenschluß der kleinen thüringischen Staaten zu einem gemeinsamen Staat doch wiederum nur ein Kleinstaat von noch immer bescheidenem Umfange ergeben würde. Hieran würde auch dann wenig gebessert, wenn preußische Gebietsteile zu Großthüringen geschlagen würden. Mit einer solchen Eingliederung kann aber gar nicht gerechnet werden; in allen den Gebieten, die hierfür in Frage kämen, ist von allen Kreisen und allen Parteien gegen eine Abtrennung von Preußen energisch Protest erhoben worden. Es bestehen deshalb zahlreiche im öffentlichen Leben der verschiedenen thüringischen Staaten stehende Personen, daß ein wirklich leistungs- und lebensfähiges Thüringen nur durch Anschluß an den mächtigsten deutschen Staat, an Preußen, erstehen kann. Nur ein großer Staat kann großzügige Politik betreiben, und eine solche ist jetzt notwendiger denn je.

— **Eilenburg,** 20. Juli. (Schadenfeuer.) Durch einen weithin hörbaren Knall und aufsteigende dunkle Rauchwolken wurde gestern abend etwa gegen ¾7 Uhr die Bevölkerung auf einen Brand aufmerksam, der in der Deutschen Celluloidfabrik entstanden war. In einem Trockenhause war durch Selbstentzündung dort zum Trocknen lagernde fertige Zelluloidware in Brand geraten, der die Explosion zur Folge hatte. Das Gebäude brannte vollständig aus. Der Schaden ist um so beträchtlicher und bedauerlicher, da die Fabrik sowieso an Rohstoffmangel zu leiden hat.

— **Zeitz,** 18. Juli. (Zum ersten Bürgermeister) der Stadt Zeitz wurde von der Stadtverordnetenversammlung der bisherige Stadtrat Löffler (unabhängiger Sozialdemokrat) auf Vorschlag der unabhängigen Mitglieder des Kollegiums gewählt.

— **Halberstadt,** 20. Juli. (Ein frecher Einbruch) fand jüngst im Cecilienstift statt. Die Einbrecher drangen über den Balkon des Feierabendhauses in das Zimmer einer todkranken, inzwischen verstorbenen Schwester ein, durchwühlten ihre Sachen und brachen dann Geld fordernd in die anderen Zimmer ein. Gleichzeitig stiegen die Raubgesellen durch das Kellerfenster in das Mutterhaus und durchsuchten die Räume des Erdgeschosses bis sie durch die Nachtwache verscheucht wurden. Die Beute der Verbrecher war sehr gering, eine Uhr und etliche Eßwaren, aber wie weit ist die Verrohung gestiegen, wenn nicht einmal der Anblick einer Todkranken vom Raub zurückhält!

— **Schönebeck,** 20. Juli. (Zuckerschiebung.) Die Polizei ist einer großen Zuckerschiebung auf die Spur gekommen. Es handelt sich um einen Wert von ungefähr 100 000 Mk. Mehrere hiesige Einwohner sind daran beteiligt. Es wurden Haussuchungen abgehalten und Geldsummen beschlagnahmt, die nachweislich aus den Zuckerverkäufen stammen.

d. **Schladen,** 20. Juli. (Späte Sühne.) Nach drei Jahren wegen eines Einbruchsdiebstahls verurteilt wurde der 42jährige Gelegenheitsarbeiter Otto Strube aus Hornburg. Er hatte mit seinem Bruder Wilhelm beim Schuhmachermeister Gehrke den Keller erbrochen und daraus zwei Fahrradmäntel und Flasche Schnaps gestohlen. Während sein Bruder bereits zu Flasche Schnaps gstohlen. Während sein Bruder bereits zu längerer Zuchthausstrafe verurteilt ist, wurde Otto Strube am Sonnabend von der Ferienstrafkammer Halberstadt zu 2¼ Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt. Von der Anklage, auch an den Diebstählen beim Hofbesitzer Voß in Neuenkirchen und bei den Frauen Engelmann, Sperber und Crone in Stötterlingen beteiligt zu sein, wurde er freigesprochen.

— **Hildburghausen,** 19. Juli. (Demonstration.) Die Schüler des hiesigen Technikums verließen gestern vormittag plötzlich die Unterrichtsräume und zogen geschlossen durch die Straßen der Stadt. Es handelte sich um eine Kundgebung zur Erlangung gewisser Forderungen der jungen Leute.

— **Jena,** 19. Juli. (Stiftung.) Die Erben des am 27. Dezember 1918 verstorbenen Universitätsprofessors Dr. Richard Semon in München haben, einem letztwilligen Wunsche des Verstorbenen entsprechend, der Universität Jena 60 000 Mk. gestiftet. Die Stiftung soll den Namen „Mneme-Stiftung tragen. Zoologische und biologische Forschungen über Vererbung sowie psychophysische über Bewußtsein und Gedächtnis der Menschen und Tiere und über die Pathologie des Gedächtnisses sollen besondere Berücksichtigung finen.

Der Vertretertag der Kriegsgefangenen-Organisationen

Bei sehr starker Beteiligung fand innerhalb des 1. Vertretertages am Sonnabend in Berlin im Herrenhause eine gemeinsame Sitzung des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen und der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegs- und Zivilgefangener statt. Man beschäftigte sich dabei eingehend mit der Lage der Gefangenen, mit ihrem Empfange, mit den verschiedenen Fragen der Heimkehr usw. usw. Erwähnt sei zunächst noch aus den Mitteilungen des Vertreters der Reichszentralstelle Schlesinger die Bemerkung: Man habe als Grund für die Unterschreibung des Friedens die Rücksicht auf unsere Gefangenen angegeben. Man habe gemeint, wenn man den Frieden schließe, so würde man sofort die Gefangenen losbekommen. In der Reichsstelle sind wir von Anfang an nicht so optimistisch gewesen!

Der Bericht, den heute das Vorstandsmitglied Rose erstattete, gab dieser wenig optimistischen Auffassung nur allzu sehr recht. Praktisch stehe es sehr traurig um die Rücksendung. Unseren Vertretern in Versailles ist es noch nicht einmal gelungen, Fühlung mit der Entente in der Gefangenenfrage zu erreichen. Von der Bildung der vorgeschriebenen Kommissionen sei man erst gar weit entfernt. Es heißt doch schließlich, daß die Rücksendung der Gefangenen trotz aller Ableugnungen mit dem Wiederaufbau verknüpft wird, wenn jetzt gesagt wird, daß erst die „Arbeiterfrage geregelt" werden müsse. Das ist ganz offener Vertragsbruch! (Sehr richtig!) Es scheint leider, daß es nun doch dahin kommt, was wir gefürchtet haben: Die Feinde behalten unsere Gefangenen als Druckmittel in ihrer Hand. (Sehr richtig!) Wir haben in Weimar diesen unseren Befürchtungen entschieden Ausdruck gegeben; aber man wollte es nicht wahr haben. Der Minister Bauer hat dann der Erwartung Ausdruck gegeben, daß unsere Feinde baldigst nach Friedensschluß unsere Gefangenen herausgeben werden. Wir müssen feststellen, daß diese Erwartung getäuscht worden ist. Der Redner machte dann Mitteilungen über die Rückführungsaussichten und die Lage der Gefangenen in der verschiedenen Ländern. Besonders trauriges hatte er über die französischen Verhältnisse zu berichten. Die Lage unserer Gefangenen dort ist überaus traurig. Was sogar die schweizer Kontrollkommissionen haben ansehen müssen, spottet aller Beschreibung. Warum hält die Regierung zurück, was die Schweizer in dieser Beziehung berichtet haben? (Hört, hört!) Sie hat ja doch die etwas günstigeren Eindrücke eines Pfarrers mitgeteilt! Der Redner schlug eine Erklärung gegen die vertragswidrige Zurückhaltung unserer Gefangenen vor. —

In der eingehenden Besprechung wurden viele Klagen und Wünsche laut. Erwähnung verdient es, daß sich ein Mann fand, der ausführte: Man habe kein Recht, den Feinden Vertragsbruch vorzuwerfen; es würden ja bei uns auch vertragswidrig viele Soldaten gehalten. Diesem Denunzianten, der sein eigenes Land dem Feinde denunzierte, entgegnete ein Vertreter der Regierung: daß der Vertrag noch gar nicht ratifiziert sei und daß die Regierung, wenn dieser Zeitpunkt komme, ihren Verpflichtungen ehrlich nachkommen werde. (Allseit. Zustimmung.) — Die Versammlung forderte in einer Erklärung von der Regierung, daß sie unter allen Umständen die Rückgabe der Gefangenen Zug um Zug gegen Anstellung von Arbeitskräften als Vertragsbruch abweise und jede Erörterung der Rückgabe unter diesen Bedingungen ablehnt. Sie erwartet weiter, daß die deutschen Vertreter in Versailles auf Grund der bindenden Verpflichtungen der Entente unverzüglich zu einem Abschlusse der Verhandlungen gelangen. Endlich erwartet man von der Regierung, daß sie bei Widerstand der Feinde dagegen diesen offenbaren Vertragsbruch unzweideutig als solchen kennzeichnen und Mittel und Wege suchen werde, etwa unter Anrufung des neutralen Auslandes die Gegner zur Innehaltung der vertraglichen Verpflichtungen zu zwingen.

Kleine Nachrichten

th. **Zur Frage der Bildung von Provinzialoberlehrerkammern.** Während bei den Bezirksregierungen Lehrerräte als beratende Dienststellen eingerichtet werden, hat die Regierung den Wunsch nach Bildung von Provinzialoberlehrerkammern abschlägig beschieden und die Oberlehrerschaft damit vertröstet, daß diese Frage nur im Rahmen der allgemeinen Neugestaltung des Schulwesens gelöst werden könne. In der Landesversammlung fragen die Abgg. Dr. Schreiber (Halle) und Klüver an, ob die Regierung bereit ist, diesen Beschluß abzuändern, um die ungerechte Behandlung der Lehrerschaft an höheren Schulen auszugleichen.

Eine Belohnung auf General Mannerheim. „Berlinske Tidende" meldet aus Helsingfors, daß die Bolschewisten auf den Kopf des Generals Mannerheim eine Belohnung von ½ Million Rubel ausgesetzt haben. In Helsingfors befürchtet man einen russischen Angriff auf Finnland.

Die Leitung der Volksabstimmungen. Nach der „Chicago Tribune" leitet den interalliierten Ausschuß für die Volksabstimmung in Schleswig ein Engländer und den Ausschuß für Oberschlesien ein Franzose.

th. **Provinz Oberschlesien.** Eine Reihe oberschlesischer Abgeordneter Oberschlesiens beantragen in der Landesversammlung einen Entwurf auf Errichtung einer Provinz Oberschlesien durch Ausscheidung des Regierungsbezirks Oppeln aus der Provinz Schlesien. Das Gesetz soll zum 1. Oktober in Kraft treten.

Der neue Dirigent der politischen Abteilung im Auswärtigen Amt. Wie das „Berl. Tagebl." hört, hat der Gesandte v. Rosenberg die an ihn gerichtete Aufforderung, als Nachfolger des Unterstaatssekretärs Freiherrn Langwerth v. Simmern, Dirigent der politischen Abteilung im Auswärtigen Amt zu werden, angenommen. Herr v. Rosenberg, der in der Schweiz weilt, dürfte in den nächsten Tagen in Berlin eintreffen.

Amerikas Vertreter. Wie der „Lok.-Anz." aus Amsterdam meldet, hat Wilson Befehl gegeben, daß die Konsuln der Schweiz und Hollands dazu ermächtigt werden, Amerika zur Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland solange zu vertreten, bis der Senat den Friedensvertrag ratifiziert habe.

Ostgalizien für Polen. Wie „Matin" mitteilt, wurde in einem Brief des Generalsekretariats der Friedenskonferenz an die ukrainische Friedensdelegation mitgeteilt, daß Ostgalizien zu Polen geschlagen werde. Dadurch erhalte Polen mit Rumänien eine gemeinsame Grenze.

Ausweisung aus Oesterreich. Wie das „Neue Wiener Tagblatt" erfährt, sollen alle Personen, die nach dem 1. August 1914 in deutsch-österreichisches Gebiet eingewandert sind, ohne sich die Staatsbürgerschaft erworben zu haben, durch ein Gesetz dazu angehalten werden können, das Staatsgebiet innerhalb einer bestimmten Frist zu verlassen, falls sie nicht ausreichende Gründe für ihr Verbleiben anzugeben in der Lage sind.

Eisenbahnunglück in Berlin. Am Sonnabend vormittag ereignete sich auf dem Stettiner Vorortbahnhof ein Unglücksfall. Ein einfahrender Zug konnte nicht zum Stehen gebracht werden. Er überfuhr die Rampe und raste in eine Ausschankhalle, riß einen Zeitungskiosk um und blieb schließlich vor einer Mauer stehen. Zwei Personen, ein Knabe und dessen Schwester wurden schwer verletzt, mehrere Personen erlitten leichtere Verletzungen.

Kaiser Karl will nach England. In Wiener diplomatischen Kreisen verlautet, daß der ehemalige Kaiser demnächst den König von England auf dessen Einladung besuchen wird. Es handelt sich um Regelung finanzieller Fragen und um eine eventuelle Uebersiedelung Kaiser Karls nach England.

Das Frauenstimmrecht in Frankreich abgelehnt. Die Kommission des Senats verwarf gestern das Frauenstimmrecht mit zehn Stimmen gegen drei bei einer Enthaltung.

Richtigstellung. Der Abgeordnete Steinkopf bittet um Verbreitung folgender Richtigstellung: „Nach dem Bericht über meine Rede in der Nationalversammlung am 17. Juli soll ich mich dafür eingesetzt haben, daß es auch möglich sein müsse, die Beamten in eine geringere Amtsstufe zu versetzen. Demgegenüber stelle ich fest, daß ich gerade das Gegenteil gesagt und erreicht habe. Durch die Annahme meines Antrages wurde die mit der Ausschußfassung des Artikels 127 geschaffene Möglichkeit der Degradation des Beamten beseitigt."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907211-11/fragment/page=0005

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung“ gestattet

Zuckerfabrik Körbisdorf A.-G.

* Der Betrieb der Zuckerfabrik ist durch den Eintritt der Revolution außerordentlich ungünstig beeinflußt worden. Der Verkaufspreis wurde von 23 M. auf 27,50 M. für Rohzucker erhöht zu einer Zeit, als sich die Verhältnisse nicht annähernd übersehen ließen, die später verteuernd auf die Fabrikation eingewirkt haben. Die Preisfestsetzung hat infolgedessen den wirklichen Fabrikationskosten nicht Rechnung tragen können. Tatsächlich haben die Aufwendungen für Löhne, Materialien und sonstige Unkosten die des Vorjahres ganz bedeutend überschritten. Infolge Arbeitsverweigerung durch die Kriegsgefangenen ist ferner, während die Zuckerfabrik sich in vollem Betriebe befand, ein Mangel an Arbeitskräften eingetreten, der die Gesellschaft zwang, die Rübenkampagne vorzeitig zu beenden. 40 000 Zentner Rüben sind deshalb weniger verarbeitet worden und mußten zum Nachteil des Fabrikbetriebes einer anderweitigen Verwendung zugeführt werden. Wenn die Gesellschaft trotz dieser schwer einschneidenden Verhältnisse noch ein befriedigendes Ergebnis erzielt hat, so rührt das daher, daß die Gesellschaft am 1. April 1918 noch mit einem großen Bestande an Vorräten vor Zucker zu noch verhältnismäßig billigem Herstellungspreise in das neue Jahr eingetreten ist, so daß beim Verkauf dieser Bestände der Vorteil des erhöhten Preises dem Berichtsjahre voll zugeflossen ist. Im landwirtschaftlichen Betriebe wurde wieder kein befriedigendes Ergebnis erreicht. Die Ernte in Gerste, Hafer, Erbsen und Kartoffeln ist gegen das Vorjahr zurückgeblieben. Der Erlös aus den Ernteerzeugnissen hta sich infolgedessen bei weitem nicht in der Höhe gesteigert, wie die Ausgaben. Für Löhne und Dünger sind, abgesehen von den hohen Kosten der Gespannhaltung, rund 280 000 M. mehr als im Vorjahre aufgewendet worden. Durch Felddiebstähle erlitt die Gesellschaft einen bedeutenden Verlust. Der Ausbau der Grube ist durch den politischen Umsturz stark aufgehalten worden. Die Förderung konnte sich daher noch nicht in dem vorgesehenen Umfang entwickeln. Da andererseits die Aufwendungen für den verstärkten Betrieb naturgemäß gewachsen und durch die gesteigerten Ausgaben für Löhne erheblich beeinflußt sind, so war während der Uebergangszeit ein Verlust in Höhe von 86 855 M. nicht zu vermeiden. Auf Effekten ergab sich ein Verlust von 46 114 M. Nach Abzug der Zinsen mit 97 449 M. der Handlungsunkosten mit 113 244 M. und nach 117 442 M. Abschreibungen verbleibt ein **Reingewinn** von 189 044 M., woraus 6 Prozent Dividende verteilt werden sollen.

In der **Bilanz** enthält bei einem Aktienkapital von 2,7 Millionen und 2,02 Millionen Hypotheken der Reserve- und Spezialreservefonds 282 338 M., der Unterstützungsfonds 72 058 Mark, die Talonsteuerreserve 13 500 M. und das Neubaukonto 10 461 M. Den 5,46 Millionen M. Kreditoren stehen an Außenständen nur 661 201 M. gegenüber, wie auch die Bilanz im ganzen keinen besonders flüssigen Stand aufweist. Der Effektenbestand und Kautionseffekten sind mit 356 916 M. verzeichnet und der Kassenbestand mit 7642 M. Die vorrätigen Produkte, Materialien und Kohlen der Zuckerfabrik, Landwirtschaft und des Grubenbetriebes sind zusammen mit 1,72 Mill. M. bewertet und die Viehbestände mit 812 475 M. Der Abraum ist mit 1,26 Millionen Mark eingestellt. Die „Grundstücke, Betriebs- und Wohngebäude, Maschinen, Geräte, Mobilien, das Gruben- und Eisenbahn-Anschlußgleis, der Grubenaufschluß und die Beteiligung an der Geiseltal-Wasserleitung“ zusammengefaßt stehen mit 5,93 Mill. M. zu Buche. — Die Generalversammlung findet am 30. Juli in Halle statt.

Geldmarkt und Banken

Die Neuregelung der Zahlungen mit Kriegsanleihen wird jetzt amtlich bekanntgegeben. Danach darf bei **Verkäufen** von Beständen, die Eigentum der **Heeresverwaltung** waren, durch das Reichsverwertungsamt oder seine Zweigstellen und Bevollmächtigten Kriegsanleihe, soweit nachstehend nichts anderes bestimmt ist, künftig nur noch von **solchen** Erwerbern, und dies auch nur noch bis auf weiteres, angenommen werden, die **unmittelbar** nachweisen, daß die Stücke aus **eigenen** Zeichnungen herrühren. Der Nachweis ist den Stücken beizufügen und gegebenenfalls durch eine eidesstattliche Erklärung der Zeichnungs- und Vermittlungsstelle unter genauer Nummerangabe auf den vorgeschriebenen Formularen beizubringen. **Ein Zwang zur Zahlung mit Kriegsanleihe entfällt in Zukunft.** An Zahlungsstatt werden angenommen und berechnet: **zum Nennwert** die 5prozentigen Schuldverschreibungen aller Kriegsanleihen ohne Unterschied, die 5prozentigen Schatzanweisungen der 1., 2. und 3. Kriegsanleihe, die 4½prozentigen der 6., 7., 8. und 9. Kriegsanleihe, zu 96½ Prozent die 4½prozentigen Schatzanweisungen der 4. und 5. Kriegsanleihe (Ausgabe 1916). Der **laufende Zinsschein ist vom Einzahler abzutrennen**, dagegen hat er die Stückzinsen vom Zahlungstage bis zum Fälligkeitstage des in seinem Besitz verbleibenden Zinsscheines in bar zu zahlen. Kriegsanleihe darf **grundsätzlich nicht** in Zahlung genommen werden beim Verkauf: a) von Grundstücken, selbst dann nicht, wenn das betreffende Grundstück etwa für die Kriegführung beschafft sein sollte; b) der mit der **Kriegsrohstoffabteilung** zu verrechnenden **Bestände der Kriegsgesellschaften**; c) von **beschlagnahmten Rohstoffen** und **feindlichen Privatgütern** sowie aller sonstigen Sachen usw., die nicht für die Kriegführung unmittelbar beschafft sind, z. B. belgische Fohlen, Waren zum Austauschhandel usw.; d) von Gegenständen, die, wie z. B. Geschirre von Artilleriewerkstätten, als **Notstandsarbeiten** hergestellt sind, sowie von Lebens- und Futtermitteln, die ausnahmsweise an Private abgegeben werden und wieder ersetzt werden müssen.

Alle **Anfragen** wegen Abgabe von freiwerdendem beweglichen Heeresgut, über dessen Bezahlung usw. sind künftig der zuständigen Zweigstelle des Reichsverwertungsamtes zuzuleiten. Wegen Entrichtung der **Umsatzsteuer** gilt der Erlaß vom 8. Juni 1919. In diesem ist gesagt: Alle Verkäufe von **Heeresgut**, die durch militärische Verwaltungsstellen oder Truppenteile vom 1. November 1918 an getätigt sind, sind als im Auftrage und für Rechnung des **Reichsverwertungsamts** erfolgt anzusehen. Von den Verkäufen innerhalb dieses Rahmens sind nur die Lieferungen von Heeresgut im Wege der Versteigerung einschließlich Pferde **umsatzsteuerpflichtig**. Die Steuer selbst beträgt 5 vom Tausend und ist auf volle Mark nach unten abzurunden. Für die Entwicklung etwaiger Umsatzsteuern für alle anderen durch die militärischen Verwaltungsstellen und Truppenteile nicht im Namen des Reichsverwertungsamts getätigten Verkäufe, also auch für die von ihnen vor dem 1. November 1918 bewirkten Veräußerungen von entbehrlichem Heeresgut, gelten die Erlasse vom 8. August und 30. Dezember 1918.

Zur Neuregelung des Börsenverkehrs in Renten. Der vom Börsenvorstand eingesetzte Ausschuß zur Regelung der Frage der Wiedereinführung amtlicher Rentenkurse an der Berliner Börse hielt gestern eine Sitzung ab. Man beschloß, dem Börsenvorstand folgenden Vorschlag zu unterbreiten: Für diejenigen Renten, für die gegenwärtig ein freier Markt besteht, werden neben einem amtlichen Kassakurs auch schwankende (variable) Preise festgesetzt. In Betracht kämen hierbei Kriegsanleihen, die verschiedenen Sorten der Kriegsschatzanweisungen, die alten 3-, 3½- und 4 Prozent Anleihen des Reiches und Preußens und die österreichischen und ungarischen Renten. Bei allen übrigen Anleihen soll ein amtlicher Einheitspreis festgesetzt werden. Russische Renten kommen einstweilen nicht in Frage.

Das Zeichnungsergebnis der neuen englischen Anleihe. Im Unterhause teilte nach einer Reutermeldung Chamberlain mit, daß die **gesamten Einschreibungen** auf die Anleihe 708 Mill. Pfd. betragen, davon sind 339 Millionen neues Geld. Man könne dies, wenn man die gegenwärtigen Umstände in Betracht ziehe, als ein durchaus befriedigendes Ergebnis bezeichnen. Die finanzielle Lage weise noch immer viele Schwierigkeiten auf, und es sei sowohl in der nationalen Finanzierung als auch in den privaten Ausgaben große Umsicht nötig.

Festsetzung der Zinssätze. Die **Berliner Bankenvereinigung** hat in Uebereinstimmung mit den Vereinigungen in Köln, Hamburg und München beschlossen, die Zinssätze mit Wirkung ab 1. Juli wie folgt festzusetzen: a) für Geld, das noch im gleichen Monat fällig wird, 2½ Prozent; b) für Geld, das über Monatsende hinaus bis längstens zum Ende des nächsten Monats gegeben wird, 3 Prozent. Außerdem werden für Einlagen mit täglicher Kündigung 1½, für Geld unkündbar bis drei Monate 3½ Prozent und für Geld mindestens sieben Monate unkündbar 3¾ Prozent gezahlt.

Industrie, Handel, Handwerk

Wie die deutsche Wettbewerbsfähigkeit ruiniert wird. Der amerikanische Dampfer „Lake Fortanet“, der bei Helgoland auf Grund geraten war, wurde nach Entlöschen nach Hamburg gebracht. Dabei stellte sich heraus, daß der Boden ziemlich stark beschädigt war; die Reparaturkosten hätten sich auf 600 000 M. belaufen. Der Auftrag zur Wiederherstellung wurde aber **nicht einer Hamburger Werft** übertragen, weil die Werft infolge der derzeitigen Arbeitsverhältnisse gezwungen war, eine Frist von acht bis zehn Wochen zu stellen. Diese Zeit erschien den Amerikanern zu lange, da sich englische und amerikanische Werften mit drei Wochen, die in Hamburg vor dem Kriege auch nicht überschritten worden wären, auszukommen erklärten. Da die Arbeiter keine Ueberstunden mehr machen, die Sonntagsarbeit und insbesondere die Akkordarbeit aufgehoben ist, kann **Deutschland** in dieser Beziehung **mit dem Auslande nicht mehr in Wettbewerb treten**. Die Gefahr, die die jetzigen Verhältnisse für das deutsche Wirtschaftsleben bringen, liege allen klar vor Augen. Von der Kostensumme von 600 000 M. wären mindestens zwei Drittel auf Arbeitslöhne entfallen, während das erforderliche Material das letzte Drittel beansprucht haben würde. Dieser erste große ausländische Werftauftrag, der der deutschen Industrie verloren gegangen ist, bedeutet, daß uns **600 000 M. Guthaben im Auslande fehlen**, durch die schon ein Teil unserer Lebensmittelversorgung hätte beglichen werden können. Die Arbeiter sollten doch auch bedenken, daß Lebensmittelschiffe und später andere fremde Schiffe nur in den Hamburger Hafen einlaufen werden, wenn sie die Gewißheit haben, hier auch eine Reparaturmöglichkeit zu finden.

Zum neuen Kaligesetz. Der Nationalversammlung wurde der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die **Aufhebung des Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen** vom 25. Mai 1910 und seines Abänderungsgesetzes sowie Abänderung des Gesetzes über die **Regelung der Kaliwirtschaft** vom 24. April 1919 nebst Begründung mit Zustimmung des Staatenausschusses zur Beschlußfassung vorgelegt. Wie in der Begründung zu dem Entwurf der Durchführungsvorschriften zum Kaliwirtschaftsgesetz hervorgehoben ist, war es mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit und die Schwierigkeiten bei dieser Materie nicht möglich, auch die in Aussicht genommenen Vorschriften über das Verbot des Abteufens von Schächten, über Stillegung von Kaliwerken und Schächten sowie hinsichtlich der Uebertragung der Beteiligungsziffern dem Sachverständigenrat zur Beratung zu unterbreiten. Es ist beabsichtigt, dem Sachverständigenrat, beziehungsweise dem Reichskalirat, sofern die Bildung des letzteren stattgefunden hat, zur Beratung über diese Frage baldmöglichst erneut zusammenzuberufen und auf Grund des Ergebnisses dieser Beratungen einen Entwurf von weiteren Durchführungsvorschriften vorzulegen. Die Verlängerung dieses Zeitpunktes bis zum 31. Dezember wird für ausreichend, aber auch für erforderlich erachtet.

Kapitalerhöhung der Dresdener Gardinen- und Spitzenmanufaktur-Akt.-Ges. Der demnächst stattfindenden **Generalversammlung** wird die **Erhöhung des Aktienkapitals** um 3 Mill. M. auf 8 Mill. M. vorgeschlagen werden. Die Vermehrung soll zum Zwecke der Vergrößerung der Betriebsmittel erfolgen, die sich im Hinblick auf die allgemeinen Teuerungsverhältnisse, namentlich aber auch wegen der stark gestiegenen Rohmaterialpreise nötig macht.

Ermäßigung der Frachtkosten im Verkehr mit Holland, der Schweiz und Skandinavien. Während im allgemeinen bisher nur von fortwährenden Erhöhungen der Kosten zu berichten war, ist es um so erfreulicher, auch eine Ermäßigung feststellen zu können, die für unsere **Aus- und Einfuhr** von wesentlicher Bedeutung sein wird. Die Verordnung, nach der Sendungen nach dem Auslande unfrankiert und von dem Auslande nur frankiert abgerichtet werden durften, unter gleichzeitiger Umrechnung der Markfrachtsätze zum Friedenskurs ist **in Wegfall** gekommen. Es kann wie früher je nach Wunsch frankierte oder unfrankierte Beförderung in beien Richtungen stattfinden, owbei die Umrechnung der Mark in fremde Währung zum jeweilig bahnseitig festzusetzenden Tageskurs erfolgt. Wenn man berücksichtigt, daß infolge Berechnung der Mark zum Friedenskurs die Frachtsätze teilweise auf das dreifache gestiegen sind, so läßt sich leicht ermessen, welche Bedeutung die Aufhebung der Maßnahme hat. Zu verkennen ist natürlich nicht, daß der Vorteil in der Hauptsache unserer **Einfuhr** zugute kommt, die ja leider voraussichtlich noch für längere Zeit die Ausfuhr wesentlich überschreiten dürfte. Andererseits erleichtert aber die Ermäßigung der Frachten auch die Exporttätigkeit mit Rücksicht auf die **Aufhebung der Blockade**, deren greifbares Resultat zurzeit aber nur darin besteht, daß der Verkehr zwischen Deutschland und den neutral gebliebenen Ländern jetzt unbehindert ist, während im Verkehr mit den feindlichen Ländern noch sehr wesentliche Beschränkungen bestehen.

Verschiedene Mitteilungen

Die künftige Tabakversorgung. In der außerordentlichen Generalversammlung des **Deutschen Tabakvereins** führte Senator Biermann u. a. aus, man habe erreicht, daß das Reichswirtschaftsministerium zugestanden habe, daß in dem ersten Jahre nach dem Friedensschluß **Auslands-Rohtabake** im Ausmaße von 30 Prozent der durchschnittlichen Einfuhr der letzten vier Friedensjahre eingeführt werden dürfe. Minister Schmidt habe eine Erklärung bezüglich der Einfuhr von Tabakerzeugnissen abgegeben, und vielleicht wäre es möglich, die Grenze auf 40 Prozent zu erhöhen. Die ganze Einfuhrbeschränkung werde sich nur durchführen lassen, wenn unsere offene Flanke des besetzten Gebietes geschlossen würde. Die **Deutsche Tabakhandels-Gesellschaft** könne noch bestehen bleiben, und es sei nicht zweckmäßig, an ihren finanziellen Grundlagen zu rütteln. Die Versammlung beschloß, dafür einzutreten, daß bis Ende des Jahres der Tabakhandelsgesellschaft ein Vertrauens-Ausschuß beigeordnet werde und daß ein Vertrauens-Ausschuß nach Weimar geht, um mit den Mitgliedern des Tabaksteuer-Ausschusses zu verhandeln zwecks erträglicher Gestaltung der Tabaksteuer.

Die deutsche Branntweinerzeugung betrug im Mai 96 492 Hektoliter (gegen 38 985 Hektoliter im entsprechenden Vorjahrmonat), die steuerfreie Verwendung 75 779 (5364) Hektoliter, der Lagerbestand 545 722 (148 792) Hektoliter, die versteuerte Menge 7539 (1184) Hektoliter. Insgesamt betrug seit Oktober 1918 bis Ende Mai im Branntweinsteuergebiet die Erzeugung 1 107 942 (i. V. 2 058 123) Hektoliter, wovon nur 242 474 Hektoliter in den freien Verkehr gelangten.

„H. Z.“ Sportberichte

Um die mitteldeutsche Meisterschaft

Ring-Dresden gegen H. F. C. 96 2 : 0.

Das Wiederholungsspiel um die mitteldeutsche Meisterschaft, das auf Veranlassung des Hauptspielausschusses am Sonntag in Leipzig als **Gesellschaftsspiel** zum Austrag kam, gewann Ring-Dresden gegen H. F. C. 96 mit 2 : 0.

Leichtathletische Meisterschaftskämpfe

Wanderpreis der „H. Z.“ — H. F. C. 96.

Auf dem Sportplatze des H. F. C. 96 fanden am Sonntag die **leichtathletischen Meisterschaftskämpfe** des Saalegaues statt. Eine zahlreiche Zuschauermenge hatte sich zu den Spielen eingefunden, die, vom Wetter begünstigt, einen recht spannenden Verlauf nahmen. Der H. F. C. 96 erfüllte in jeder Weise die auf ihn gesetzten Hoffnungen und ging u. a. auch in dem 4×100-Meter-Staffellauf als Sieger hervor. Der Wanderpreis der „H. Z.“ geht somit endgültig in seinen Besitz über.

Nachstehend die Ergebnisse der **Hauptkämpfe**:

800-Meter-Laufen: Meißner-Hohenzollern-Merseburg, 2,11⅘ Min., Jahnke-96, Friedrich-K. T. V., Harnisch-Wacker, Renz-Preußen, Töpfer-Borussia.

100-Meter-Laufen: Hüttmann-96 in 11,2 Min., Holzhausen-Hohenzollern-Merseburg, Trimpter-96, Eckhart-96, Gaebelein-98, Däne-K. T. V.

1500-Meter-Laufen: Spund-Sportfreunde in 4,42⅘ Min., Weber-Hohenzollern-Merseburg, Apitzsch-Wacker, Biedermann-98, Oswald 96.

Olympischer Staffellauf: H. F. C. 96 in 4,19⅘ Minuten, Olympia, V. f. B.-Merseburg.

4×100-Meter-Staffellauf: 96 II in 51⅕ Sek., 96 I, K. T. V.

3×1000-Meter-Staffellauf: H. F. C. 96 in 9,35⅕ Min., Sportfreunde, Wacker, V. f. B.-Merseburg.

Dreikampf: Kloubert-Olympia (12 Punkte), Meißner-Hohenzollern-Merseburg (11), Schulz-96, Däne-K. T. V., Holzhausen-Hohenzollern-Merseburg.

Speerwerfen: Kloubert-Olympia mit 39,56 Meter, H. Rehn-98, Kettnitz-Wacker, Schulz-96, Merkel-96, Neumann-Olympia.

Kugelstoßen: Dr. Weber-Olympia mit 9,85 Meter, Kloubert, Wildgrube-Borussia.

Weitsprung: Meißner-Hohenzollern mit 5,96 Meter, Kloubert-Olympia, Neuschel-98, Eckhart-96, Däne-K. T. V.

Hochsprung: Kloubert-Olympia mit 1,70 Meter, Leonhardt-K. T. V., Neuschel-98, Merkel-96, Däne-K. T. V., Oswald 96.

Diskuswerfen: Dr. Weber-Olympia mit 27,08 Meter, Schaaf-K. T. V., Kettnitz-Wacker, Schenk-Hohenzollern-Merseburg, Leonhardt-K. T. V.

*

Rennen in Harzburg

(Eigene Drahtmeldung.)

1. **Preis vom Brocken.** 6000 Mk. 3600 Meter. 1. Stern, 2. Stumme von Portici, 3. Amselfeld. Toto für Sieg 292, Plätze 48, 22, 47. Ferner liefen: Einwanderer, Simon, Crafton, Siamesen, Ornament, Elsaß, Goldfeele, Dynamit, Grunewald, Kurzkehrt, Scutari.

2. **Versuchsrennen der Stuten.** Ehrenpreis und 6000 Mk. 2500 Meter. 1. Fustanella, 2. Bankgräfin, 3. Silberkugel. Toto für Sieg 28, Plätze 11, 11, 11. Ferner liefen: Canopus Glanz, Lafette, Feinsliebchen, Sorma, Rammler, Haubitze 2, Serabella.

3. **Kurverwaltungspreis.** Ehrenpreis und 6000 Mark. 3600 Meter. 1. Rheinpreußen, 2. Freta 2, 3. Adjutant [illegible]. Toto für Sieg 24, Plätze 13, 18, 16. Ferner liefen: Flandern, Heimat, Infamie, Muse, Ostmark.

4. **Wellenbrecher-Hürdenrennen.** Ehrenpreis und 10 000 Mk. 3400 Meter. 1. Ariadne, 2. Rocamadour, 3. Cont. Watwe. Toto für Sieg 76, Plätze 20, 15, 18. Ferner liefen: Milton, Gumbinnen, Radom, Freund Fritz, Stella 2, Fröhlich, Wallis.

5. **Preis des Kurhauses.** Ehrenpreis und 5000 Mk. 3000 Meter. 1. Reißaus, 2. Mardonius, 3. Deckung. Toto für Sieg 19, Plätze 14, 19. Ferner liefen: Minnezart, Primadem, Thrann.

6. **Hunters-Flachrennen.** 5000 Mk. 2500 Meter. 1. Mainspitze, 2. Fanal, 3. Well Roto. Toto für Sieg 18, Plätze 22, 36, 26. Ferner liefen: Olivia, Maurepas, Bei Marschland 2, Caliari, Nitha, Hoghvolt, Bastion, Ferne, Hortensia.

Rennen in Berlin-Grunewald

(Eigene Drahtmeldung.)

1. **Tucki-Rennen.** 10 000 M., 1100 Meter. 1. Madchen, 2. Sternrose, 3. Gebhard. Toto für Sieg: 21, Plätze: [illegible] 14, 16. Ferner liefen: Mitrowitza, Liebermann, Gratulation, Kürassier, Narval.

2. **Tajus-Rennen.** 6000 M., 1000 Meter. 1. Centrifugal, 2. Artennis, 3. Enver. Toto für Sieg: 63, Plätze: 18, 15, 21. Ferner liefen: Oberfeldherr, Maulwurf, Wulfhard, Leichtsinn, Medardus, Pflastertreter, Leonore, Hussa, Moena, Vollmacht, Friedensziel.

3. **Blaustrumpf-Rennen.** 12 000 M., 1400 Meter. 1. Rottalmünster, 2. Ikarus, 3. Longunus. Toto für Sieg: [illegible] Plätze: 12, 13, 74. Ferner liefen: Husar, Sydon, Biedermann, Lo, Erbschleicher.

4. **Treue-Ausgleich.** 12 000 M., 1600 Meter. 1. Auffahrt, 2. Halt, 3. Cherusker II. Toto für Sieg: 26, Plätze: [illegible] 29, 21. Ferner liefen: Sappe, Wünschelrute, Quertreiber, [illegible] Maison Rouge, Sphinx, Strypa II, Taurus.

5. **Preis vom Rhein.** 30 000 M., 2000 Meter. 1. Einsiedler, 2. Mohamed, 3. Hallunke. Toto für Sieg: 20, Plätze: [illegible] 20, 25. Ferner liefen: Lorbeer, Tunichtgut, Schnellfeuer, Der Sogenannte.

6. **Antwort-Rennen.** 16 000 M., 1200 Meter. 1. Delila, 2. Vehmlinde, 3. Grundstein. Toto für Sieg: 16, Plätze: 11, 14, 16. Ferner liefen: Lotse, Selika, Friedensritter.

7. **Sapher-Ausgleich.** 18 000 M., 2400 Meter. 1. Grenzwacht, 2. Rebelin, 3. Germinal. Toto für Sieg: 77, Plätze: 137, 47, 37. Ferner liefen: Lilienstein, Herseniet, Feuerzauber, Helgoland, Strolch, Rosenkönig, Falke.

8. **Saraband-Rennen.** 12 000 M., 1600 Meter. 1. Landgräfin, 2. Enchart, 3. Ottomane. Toto für Sieg: 158, Plätze: 39, 16, 89. Ferner liefen: Armenier, Fuhrpark, Lucifer, Leuchte.

*

— **Die leichtathletischen Meisterschaftskämpfe von Nordthüringen** fanden am Sonntag in **Erfurt** statt. Von 13 Konkurrenzen gewann der **Sportklub Erfurt** allein 11 erste Preise, darunter sämtliche Staffetten.

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für Volkswirtschaft und Sport: i. V.: Helmut Böttcher; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Adolf Meyer.
Anzeigenteil: i. V.: Kurt Steinhauf; sämtlich in Halle a. S.
Verlag und Druck der Halleschen Zeitung Otto Thiele, Halle a. S.
Verlagsdirektor: Robert Poetzsch. (Verreist).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907211-11/fragment/page=0006